

DEBATTE

Wehrpflicht wieder einführen?

SERIE

Alt werden ...
in Frankreich

KOLUMNE

Wir müssen konstruktiv und fordernd sein

Gesundheitssystem auf dem Prüfstand

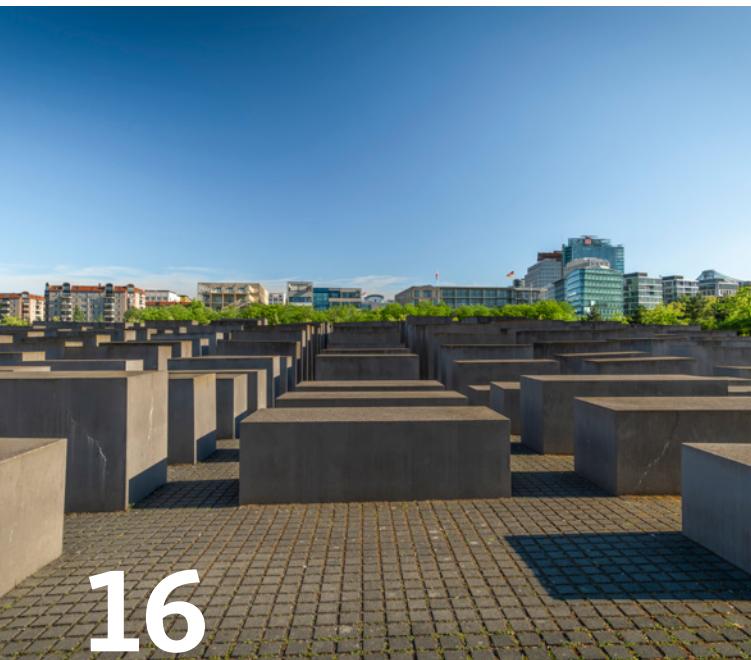
NINA WARKEN



12

Wehrpflicht

Verpflichtende Musterung für alle männlichen Staatsbürger



16

Antisemitismus

Deutschland steht in schwerer antisemitischer Krise



- | | |
|----|---|
| 03 | Editorial |
| 04 | Aus der Redaktion |
| 06 | Gesundheitssystem auf dem Prüfstand
<i>Interview mit Nina Warken</i> |
| 12 | Wehrpflicht wieder einführen?
<i>Johannes Winkel und Falko Drossmann in der Debatte</i> |
| 16 | Antisemitismus
<i>Elio Adler im Interview</i> |
| 20 | Serie – Alt werden ... in Frankreich |
| 22 | Kolumne |
| 23 | Informationen aus den Landesvereinigungen |



06
Interview
mit Nina Warken
zur geplanten
Gesundheitsreform

Impressum

Herausgeber: Senioren-Union der CDU Deutschlands, Konrad-Adenauer-Haus, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, E-Mail: senioren-union@cdu.de | **Chefredaktion:** Robin Becht, Astrid Birkhahn | **Redaktion:** Gabriele Grabowski | **Verlag und Anzeigenleitung:** Union Betriebs-GmbH (UBG), Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon: 02226 802-213, Fax: 02226 802-222, www.ubg365.de | **Geschäftsführer:** Jonathan Schreyer, Frank Stuch | **Projektleitung:** Sonja Bach-Meiers | **Art-Direktion:** UBG Agentur Komplett Schwarz | **Titelbild:** Lukas Hanke

Anzeigenverkauf: Alle Nielsen-Gebiete – Verlagsvertretung Getz, Telefon: 02205 86179, E-Mail: info@getz-medien.de | Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung nur mit Genehmigung. „alt&jung“ erscheint viermal jährlich, als Online-Magazin.

Liebe Leserinnen und Leser,

ein weiteres Jahr liegt hinter uns – ein Jahr voller Bewegung, Spannungen und Entscheidungen. 2025 hat uns in Deutschland wie auch in Europa vieles abverlangt. Und doch: Gerade im Rückblick erkennen wir, wie wichtig es ist, nicht nur auf die Krisen zu schauen, sondern auch auf die Schritte nach vorn. Ein solcher Schritt war die Wiederbelebung unseres Magazins alt&jung. Nach einem Jahr der Stille haben wir diese Plattform erneut geöffnet. Es freut mich sehr, dass wir damit wieder einen Raum geschaffen haben, in dem die Stimme der älteren Generation klar hörbar ist. Auch politisch war dieses Jahr bedeutsam: Die Bundestagswahl hat klare Weichen gestellt: für Aufbruch, für Verantwortung, für Stabilität, doch die eigentliche Arbeit beginnt danach. Koalitionsverhandlungen, Debatten über Gerechtigkeit im Alter und die Zukunft der jüngeren Generation, das Wiederaufтаuchen alter Probleme und die wachsende Bedrohung durch eine erstarkende AfD und die Linke – all das zeigt, dass wir mitten in einem tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel stehen. Als Senioren-Union haben wir darauf Antworten gegeben. Mit dem Magdeburger Memorandum legen wir ein selbstbewusstes,

zukunftsgerichtetes Papier vor, das klarmacht: Wir wollen gestalten – nicht nur reagieren. Die erfolgreiche Bundesdelegiertenversammlung hat dies eindrucksvoll bestätigt, denn seitdem ist die Senioren-Union so stark wie nie in den Medien vertreten und auch die CDU-Bundespartei sowie die CDU/CSU-Fraktion nehmen uns wahr.

Doch die entscheidende Frage lautet: **Wie geht es weiter?** Wir prägen die großen Debatten der Pflege- und Rentenpolitik mit und sorgen dafür, dass die Anliegen der älteren Generation nicht überhört werden. Und wir werden die sozialen Strukturen stärken, die Seniorinnen und Senioren tragen. Ein Thema, das mir persönlich besonders wichtig ist, ist der Kampf gegen Altersdiskriminierung. Sie geschieht oft leise, fast unsichtbar – im Alltag, im Berufsleben, in der öffentlichen Wahrnehmung. Doch wir haben sie sichtbar gemacht, z.B.: wenn man uns das Wahlrecht nehmen, oder wenn wir zu alt sind, teure Medikamente verwehren will. Wir werden das Thema mit einem Antrag auf dem Bundesparteitag der CDU



auf die Tagesordnung setzen. Dabei dürfen wir die Herausforderungen unserer Zeit nicht ausblenden. Antisemitismus und wachsender Islamismus sind Realitäten, denen wir uns stellen müssen – klar, entschieden, verantwortungsbewusst. Ebenso wie Fragen rund um Pflege, Teilhabe und die Zukunft der Wehrhaftigkeit in unserem Land. Diese Ausgabe von alt&jung möchte dazu beitragen. Wir beleuchten die Situation der Pflege, wir erläutern die Position der Senioren-Union zur Wehrpflicht – und wir zeigen, wie engagiert, wach und verantwortungsbereit unsere Gemeinschaft ist. Ich lade Sie herzlich ein, mit uns den Blick nach vorn zu richten und gemeinsam den Weg in eine starke Zukunft der Senioren-Union zu gehen.

Herzlichst,
Ihr

Hubert Hüppe
Bundesvorsitzender der
Senioren-Union der CDU

Innerstädtische Unterschiede bei der Daseinsvorsorge für ältere Menschen

Eine auf Effizienz und Niedrigschwelligkeit beruhende Infrastruktur spielt insbesondere für Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit körperlichen Einschränkungen eine erhebliche Rolle. Aufgrund des im hohen Alter häufig schrumpfenden Aktivitätsradius sind das Erledigen von Besorgungen und das Nutzen der Gesundheitsversorgung für ältere Menschen zumeist mit mehr Aufwand und Anstrengungen verbunden.

Eine umfangreiche Studie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung untersuchte die Verfügbar- und Erreichbarkeit von Standorten bedeutender infrastruktureller Einrichtungen in insgesamt 2.609 Stadtteilen von 53 deutschen



Städten und wertete die Ergebnisse anschließend aus, um die Abdeckung der Grundversorgung in urbanen Bereichen der Bundesrepublik zu bewerten.

Für die Untersuchung wurden die Anzahl, die Verteilung und die physische Zugänglichkeit von Apotheken, Arztpraxen, Postfilialen, Lebensmittelgeschäften und Bankautomaten erfasst.

EINFACH MAL MACHEN

der Podcast mit Carsten Linnemann

CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann findet: Durch unser Land muss – wieder einmal – ein Ruck gehen. Und Linnemann ist optimistisch, dass das gelingen kann. „Einfach mal machen!“, ist sein Motto. In seinem Podcast holt sich Linnemann einmal im Monat spannende Gäste an den Tisch, die seinen Optimismus teilen.

Zusammen mit seinen teilweise sehr prominenten Gesprächspartnern, bekannt aus dem Fernsehen, dem Sport, der Kultur, Gesellschaft oder eben der Politik, entwirft er Stück für Stück einen Plan für ein innovatives, nachhaltiges und wirtschaftlich erfolgreiches Deutschland – und ganz nebenbei für ein neues CDU-Grundsatzprogramm, dem vierten nach 1978, 1994 und 2007.



Viel Spaß beim Hören! Fragen und Feedback gerne an podcast@cdu.de

Generationenfreundliche digitale Endgeräte



Digitale Anwendungen auf Smartphones, Tablets und anderen mobilen Endgeräten müssen die Bedürfnisse und Lebensrealitäten älterer Menschen berücksichtigen.



Das fordert die BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen. In ihrem Impulspapier „Bedienoberflächen im Fokus – Impulse für eine generationenfreundliche Gestaltung digitaler Endgeräte“ zeigt sie auf, wie Bedienoberflächen inklusiv gestaltet werden können, damit die digitale Teilhabe älterer Menschen gestärkt wird.

„Nur gute Technik macht unser aller Leben leichter. Wir appellieren an Politik, Wirtschaft und Forschung, die Perspektiven älterer Menschen systematisch in die Entwicklung digitaler Produkte einzubeziehen. Eine generationenfreundliche Technikgestaltung stärkt nicht nur die digitale Teilhabe älterer Menschen, sondern kommt am Ende allen Nutzerinnen und Nutzern zugute,“ sagt BAGSO-Vorsitzende Dr. Regina Görner.

Ehrenamt wird auch in der Pflege wichtiger



Etwa jeder fünfte Deutsche engagiert sich in einem Ehrenamt und trägt damit weit über das nötige Maß hinaus zum Gemeinwesen bei. Obwohl es sich dabei um freiwillige und zumeist unentgeltliche Tätigkeiten handelt, könnte das Ehrenamt zukünftig immer mehr an Relevanz gewinnen, wie der Blick auf die Situation der Pflege in Deutschland zeigt.

Um zu ermitteln, wie eine ehrenamtliche Tätigkeit bewertet wird, beauftragen die Malteser zweimal jährlich das Befragungsinstitut YouGov zwecks



des sogenannten Ehrenamtsmonitors. Diese repräsentative Umfrage soll Aufschluss über die Offenheit der Bevölkerung gegenüber der Wahrnehmung eines Ehrenamtes geben. Diesmal ging es um die Pflege.

77 Prozent der gut 2.000 Befragten blicken der Entwicklung der Pflegesituation hierzulande kritisch entgegen. Dass die Politik den Ernst der Lage erkannt hat und versucht, gegenzusteuern, glaubt dagegen nur jeder Zehnte. Jeweils 14 Prozent der Befragten wünschen sich, im Falle der eigenen Pflegebedürftigkeit von Angehörigen oder einem Pflegedienst umsorgt zu werden; es folgen Senioren-WGs (10 Prozent) und Pflegeeinrichtungen (5 Prozent), doch fast die Hälfte aller Befragten sind sich diesbezüglich noch nicht sicher.

A professional portrait of Nina Warken, a woman with blonde hair, wearing a dark blue blazer over a black top. She is smiling and has her arms crossed. The background is a soft-focus indoor setting.

Viele ältere Menschen
sorgen sich um die
Zukunft der Kranken-
häuser und die
Notfallversorgung
in ihrer Nähe.

alt&jung sprach mit
Gesundheitsministerin
Nina Warken über
geplante Reformen.

Gesundheitssystem auf dem Prüfstand

„Die geplante Notfallreform soll es den Bürgerinnen und Bürgern insgesamt erleichtern, im Ernstfall schneller die passende medizinische Hilfe zu erhalten.“

Frau Ministerin, viele ältere Menschen sorgen sich um die Zukunft der Krankenhäuser in ihrer Nähe. Was bedeutet die geplante Krankenhausreform konkret für Seniorinnen und Senioren – besonders auf dem Land?

Nina Warken: Mit der Krankenhausreform verfolgen wir im Wesentlichen drei Ziele: Wir wollen die Behandlungsqualität nicht nur sichern, sondern auch verbessern. Wir möchten die Krankenhausversorgung effizienter machen und schließlich auch die flächendeckende medizinische Versorgung für Patientinnen und Patienten sichern. Blicken wir auf die Krankenhäuser, so leistet sich Deutschland eines der teuersten Gesundheitssysteme. Geht es aber um die Behandlungsqualität, befinden wir uns jedoch auf keiner Spitzenposition. Wir haben bei Behandlungsergebnissen also teilweise noch deutlich Luft nach oben. Das liegt auch an falschen Anreizen in der heutigen Krankenhausfinanzierung, die nun geändert wird. So führen bisher teilweise Krankenhäuser auch aus wirtschaftlichen Grün-

den komplexe Eingriffe durch, für die sie weder die nötige Infrastruktur noch die nötige Erfahrung mitbringen. Bei planbaren, komplexen Eingriffen muss sichergestellt werden, dass das Krankenhaus hierfür sowohl die nötige Technik als auch das qualifizierte Personal hat. Das mag bei komplexen Eingriffen möglicherweise zu weiteren Fahrzeiten führen, was am Ende aber im Sinne von Patientinnen und Patienten ist, da die Erfolgswahrscheinlichkeit der Behandlung deutlich steigen.

Ein wesentlicher Bestandteil der Krankenhausreform, die wir noch weiter verbessern, ist die Sicherstellung einer wohnortnahmen Grund- und Notfallversorgung. Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass sie auch im ländlichen Raum gut versorgt werden. Dafür geben wir den Ländern, die am Ende für die Planung der Krankenhausstrukturen verantwortlich sind, nun den notwendigen Spielraum.

Es heißt, kleinere Kliniken sollen in sogenannte „Versorgungszentren“ umgewandelt werden. Müssen sich ältere Patienten darauf einstellen, künftig längere Wege ins Krankenhaus zu haben?

Mit der Krankenhausreform wurde die Möglichkeit geschaffen, Krankenhäuser als sogenannte sektorenübergreifende Versorgungseinrichtungen zu bestimmen. Diese Krankenhäuser sollen künftig stationäre Leistungen wohnortnahm sowohl mit ambulanten als auch mit pflegerischen Leistungen verbinden. Hiervon können insbesondere Krankenhäuser profitieren, deren Fortbestand auf Grund des geringen stationären Versorgungsbedarfs in der Region nicht gesichert ist. Es besteht die Möglichkeit, das Leistungsangebot dieser Krankenhäuser sektorübergreifend an den jeweiligen regionalen Bedarf auszurichten. Je nach Situation vor Ort können sie damit zu Versorgungszentren werden, um die medizinische und pflegerische Versorgung sicherzustellen.



Zur Person:

Juristin und CDU-Politikerin: Seit Mai 2025 leitet Nina Warken als Bundesministerin das Gesundheitsressort. Sie studierte Rechtswissenschaft in Heidelberg und ist seit 2006 als Rechtsanwältin zugelassen. Parallel engagierte sie sich in der Politik: Schon als Studentin trat sie der Jungen Union Deutschlands (JU) bei und war von 2006 bis 2014 deren stellvertretende Bundesvorsitzende. Seit 2013 ist sie Mitglied des Deutschen Bundestags.

Die Notfallversorgung ist für viele Senioren ein zentrales Thema. Wird es künftig einfacher oder schwieriger, im Ernstfall schnell Hilfe zu bekommen?

Die geplante Notfallreform soll es den Bürgerinnen und Bürgern insgesamt erleichtern, im Ernstfall schneller die passende medizinische Hilfe zu erhalten. Durch vernetzte Leitstellen, in denen die Notrufnummer 112 und die Rufnummer 116 117 zusammenarbeiten, wird eine schnelle Erst einschätzung ermöglicht. Damit werden Patientinnen und Patien-

ten direkt an die richtige Stelle vermittelt. Eine zentrale Rolle spielen dabei auch die neuen Integrierten Notfallzentren (INZ), in denen Notaufnahme und vertragsärztliche Versorgung räumlich und organisatorisch kooperieren. Dort wird an einem gemeinsamen Tresen entschieden, ob eine Behandlung durch das Krankenhaus oder durch vertragsärztliche Angebote notwendig ist. So lassen sich lange Wartezeiten in Notaufnahmen vermeiden. Ergänzt wird dies durch rund um die Uhr verfügbare vertragsärztliche telefoni-

sche Angebote und notwendige mobile Hausbesuche. Die vernetzte Leitstelle kann künftig auch bestehende medizinische komplementäre Dienste vermitteln, beispielsweise notfallpflegerische Dienste, die in geeigneten Fällen schnell und gezielt helfen können.

Kommen wir zu den Apotheken: In vielen Dörfern gibt es nur noch eine einzige Apotheke – und auch die kämpft ums Überleben. Wie wollen Sie verhindern, dass diese wichtigen Anlaufstellen verschwinden?

Apotheken sind wichtige erste Anlaufstellen in vielen Gesundheitsfragen. Daher wollen wir mit der Apothekenreform Apotheken stärken, das Apothekennetz langfristig sichern und Apotheken für die Versorgung noch mehr nutzen, etwa in der Prävention von Erkrankungen. Die neuen Leistungen stellen für Apotheken auch neue Einnahmемöglichkeiten dar. Mit der aktuellen Reform wollen wir vor allem ländliche Standorte stärken. So sollen Apotheken eine nahezu verdoppelte Pauschale für Nacht- und Notdienste erhalten, wovon insbesondere ländliche Apothe-

„Mit dem Gesetz zur Befugniserweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege erweitern wir die Befugnisse von Pflegekräften.“

ken profitieren. Daneben bauen wir Bürokratie ab – das gibt gerade kleineren Apotheken einen besseren wirtschaftlichen Rahmen. Eine weitere Erhöhung des Apothekenhonorars ist Ziel der Regierungskoalition. Aufgrund der derzeit extrem angespannten Finanzlage der gesetzlichen Krankenversicherung wird diese Anpassung jedoch noch warten müssen, bis die Situation im kommenden Jahr stabilisiert wird.

Manche ältere Menschen fühlen sich mit Online-Apotheken oder E-Rezepten überfordert. Wie stellen Sie sicher, dass Digitalisierung niemanden ausschließt?

Das E-Rezept hat viele Vorteile und verbessert im digitalen Zeitalter die Versorgung. So können zum Beispiel Folgerezepte ohne erneuten Arztbesuch ausgestellt werden. Zudem ermöglicht es Ärztinnen und Ärzten sowie Apotheken eine deutlich bessere Übersicht der eingenommenen Arzneimittel, um Wechselwirkungen zwischen Arzneimitteln besser zu erkennen. Das ist ein großer Vorteil für Patientinnen und Patienten, die mehrere Medikamente gleichzeitig einnehmen müssen. Für die persönliche

Handhabung ändert sich im Grunde nicht viel: Es besteht weiterhin die Möglichkeit, das E-Rezept auf Papier in der Arztpraxis ausdrucken zu lassen. In der Praxis hat sich das E-Rezept bewährt und beschränkt analoge Prozesse auf die elektronische Gesundheitskarte. Die persönliche Beratung in der Arztpraxis und der Apotheke ist dabei besonders wichtig, um auch älteren Menschen diese Vorteile gut zu erklären. Deswegen ist mein Ziel, dass wir das Apothekennetz möglichst breit erhalten.

Wird es in Zukunft spezielle Unterstützung für Apotheken in strukturschwachen Regionen geben – ähnlich wie bei Arztpraxen?

Arztpraxen und Apotheken lassen sich in unserem Gesundheitssystem nur bedingt vergleichen – so können sich Apothekerinnen und Apotheker frei niederlassen, während im System der gesetzlichen Krankenversicherung Arztpraxen nur bei Bedarf tätig werden können und dafür einen Sitz erhalten. Unabhängig davon wollen wir insbesondere Apothekenstandorte in ländlichen Regionen über erhöhte Notdienstvergütung

Krankenhausreform

Das System der Fallpauschalen hat die Krankenhäuser in Deutschland starken ökonomischen Zwängen ausgesetzt. Viele Kliniken wären von der Schließung bedroht, wenn sich nichts ändert.

Mit der Krankenhausreform werden folgende zentrale Ziele verfolgt: Sicherung und Steigerung der Behandlungsqualität, Gewährleistung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung für Patientinnen und Patienten, Steigerung der Effizienz in der Krankenhausversorgung sowie Entbürokratisierung.



www.bundesgesundheitsministerium.de/krankenhausreform-info/

stärken. Daneben sollen kleinere Apothekenstandorte in abgelegenen Orten künftig einfacher gegründet werden können; dafür schaffen wir neue Anreize.

Ein drittes großes Projekt Ihres Hauses ist das neue Gesetz zur Erweiterung der Befugnisse in der Pflege. Was verändert sich dadurch konkret für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen?

Pflegekräfte können häufig viel mehr als sie im Rahmen ihrer Aufgaben dürfen, obwohl sie die Pflegebedürftigen und ihre Probleme besser kennen als mancher Mediziner. Mit dem Gesetz zur Befugniserweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege erweitern wir die Befugnisse von Pflegekräften. Künftig dürfen sie Aufgaben übernehmen, die bisher Ärztinnen und Ärzten vorbehalten waren. Mehr Eigenständigkeit wertet den Pflegeberuf auf und verbessert die Versorgung insgesamt. Denn um die Versorgung in Zukunft sicherstellen zu können, muss sie auf mehr Schultern verteilt werden. Dabei leisten Pflegekräfte einen unersetzblichen Beitrag. Zudem enthält das Gesetz zahlreiche Regelungen für wichtige Schritte, um die Pflege zu entbürokratisieren. Für pflegebedürftige Menschen und ihre Familien sollen Anträge und Formulare für Pflegeleistungen einfacher werden. Mit dem Gesetz wollen wir zudem die Pflegestrukturen vor Ort stärken und die pflegerische Versorgung in gemeinschaftlichen Versorgungsformen fördern. Diese

Flexibilität kommt vor allen Dingen den Pflegebedürftigen und ihren Familien zu Gute, weil damit noch besser auf die Versorgungsbedarfe eingegangen werden kann. Zudem sollen Pflegebedürftige, die in häuslicher Pflege versorgt werden, künftig einen leichteren Zugang zu Präventionsleistungen erhalten, etwa durch eine zielgenaue Präventionsberatung oder Präventionsempfehlung, die künftig auch unmittelbar durch Pflegekräfte ausgesprochen werden kann. Der Bundestag hat das Gesetz im November verabschiedet. Kurz danach hat der Bundesrat entschieden, zu dem Gesetz den Vermittlungsausschuss anzurufen. Daher bleibt aktuell noch abzuwarten, wann die Neuerungen in Kraft treten können.

Pflegekräfte sollen künftig mehr Verantwortung übernehmen dürfen. Bedeutet das auch eine Entlastung für pflegende Angehörige – viele davon sind ja selbst schon im Rentenalter?

Pflegekräfte haben auf der Grundlage ihrer Ausbildung, der beruflichen Fähigkeiten und Weiterbildungen Kompetenzen erworben, um anhand bestimmter pflegerischer Fragestellungen entsprechende Maßnahmen, auch ohne ärztliche Weisung, zu ergreifen. Pflegekräfte sollen zum Beispiel bei gut begrenzten Blutzucker-Abweichungen Insulindosen selbstständig anpassen dürfen, wenn sie im Bereich „diabetische Stoffwechsellage“ qualifiziert sind. Aber auch im Bereich der

Zusätzliche Betreuungskräfte

Nach § 43b Elftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB XI) haben alle Pflegebedürftigen, auch Pflegebedürftige mit Pflegegrad 1, in teil- und vollstationären Pflegeeinrichtungen einen Rechtsanspruch auf Maßnahmen zur zusätzlichen Betreuung und Aktivierung, die über die nach Art und Schwere der Pflegebedürftigkeit notwendige Versorgung hinausgehen. Mittlerweile sorgen so rund 52.000 Frauen und Männer (Stand Dezember 2023) als zusätzliche Betreuungskräfte für Verbesserungen im Pflegealltag.



Mehr Infos:

www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/pflege/pflegekraefte/zusaetzliche-betreuungskraefte.html





Verlaufskontrollen beim Wundmanagement oder der Information und Beratung liegen große Potenziale. Das ermöglicht eine Versorgung aus einer Hand und entlastet auch pflegende Angehörige, weil sie etwa nicht mehr auf eine ärztliche Verordnung oder einen Arzt warten müssen.

Wenn Sie an ältere Menschen in Deutschland denken: Was möchten Sie ihnen mit diesen Reformen ganz persönlich mit auf den Weg geben?

Wir alle wünschen uns, lange gesund und selbstbestimmt zu leben. Dieses Anliegen treibt auch mich jeden Tag aufs Neue an. Und das sollte unsere gesundheitspolitische Maxime

sein. Wir setzen an den Strukturen an, die darüber entscheiden, ob Versorgung zuverlässig, erreichbar und qualitativ hochwertig ist. Das sorgt für mehr Effizienz und macht die Versorgung auch für die kommenden Generationen zukunftssicher. Ich empfinde eine besondere Verpflichtung gegenüber älteren Menschen, deren Lebensleistungen die Stärke unserer sozialen Sicherungssysteme überhaupt erst ermöglicht hat. Viele möchten aktiv bleiben, teilhaben und ihre Lebensqualität erhalten. Dafür braucht es ein System, das sie unterstützt und nicht durch unnötige Bürokratie belastet. Deshalb ist mein Anspruch, in jedem geeigneten

neuen Gesetz bürokratische Hürden abzubauen und Versorgung zu vereinfachen. Ältere Menschen sollen ohne Umwege Zugang zu den Leistungen bekommen, die sie benötigen – sei es präventive Gesundheitsförderung, eine zügige fachärztliche Behandlung, eine verlässliche Pflegeberatung oder seien es moderne, wohnortnahe Unterstützungsangebote. Unser Ziel ist es, Bedingungen zu schaffen, unter denen Menschen in jedem Lebensalter gut versorgt sind – und sich auf dieses Versprechen verlassen zu können. ■

*Das Gespräch führte
Gabriele Grabowski*

Wehrpflicht wieder einführen?

Die Regierungskoalition hat sich auf ein neues Modell geeinigt. Zum 1. Januar soll hierzu ein neues Gesetz („Wehrdienst-Modernisierungsgesetz“) in Kraft treten. Kernstück: Alle männlichen Staatsbürger, die ab dem 1. Januar 2008 geboren sind, werden künftig verpflichtend zur Musterung (Gesundheits- und Eignungsprüfung) herangezogen. Für Frauen bleibt der Dienst freiwillig. Der erneuerte Wehrdienst soll in erster Linie auf Freiwilligkeit beruhen: Das Ziel ist, über freiwillige Meldungen und Anreize Rekruten zu gewinnen – zum Beispiel durch bessere Bezahlung und Ausbildung.

Eine erfolgreich absolvierte Musterung führt nicht automatisch zum Wehrdienst. Sie stellt zunächst nur eine Registrierung und Eignungsprüfung dar. Nur falls sich nicht genügend Freiwillige melden, könnte eine generelle Wehrpflicht (sogenannte „Bedarfs-Wehrpflicht“) per gesondertem Gesetz eingeführt werden. Das wäre kein automatischer Schritt. Der Bundestag müsste erneut entscheiden.

Mit dem neuen Gesetz erhält der Staat also eine „Hintertür“ zur Wiedereinführung einer Pflicht – aktuell liegt der Fokus aber auf freiwilliger Rekrutierung und Reserveaufbau.

Sich verteidigen können, um sich nicht verteidigen zu müssen

Der 24. Februar 2022 hat Europa verändert. Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine wurde deutlich: Die Sicherheitsordnung, die uns seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs getragen hat, existiert so nicht mehr. Der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz sprach von einer „Zeitenwende“. Was er meinte: Alte Gewissheiten gelten nicht mehr. Wirtschaftliche Abhängigkeiten sind kein Garant für Frieden, und Abrüstung schafft nicht automatisch Sicherheit. Die neue Realität lautet: Deutschland braucht eine wehrhafte, kriegstaugliche Armee. Und ohne eine echte Wehrpflicht werden wir das nicht erreichen.

Vorsicht kostet wertvolle Zeit
Die Prognose von Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius zeigt, wie ernst die Situation ist: Ab 2029 könnte Russland militärisch in der Lage sein, Europa erneut anzugreifen. Die Koalition hat sich bislang lediglich auf eine Wehrfassung geeinigt – eine „Wehrpflicht bei Bedarf“. Doch diese Vorsicht kostet wertvolle Zeit. Um unsere Zusagen an die NATO zu erfüllen, braucht Deutschland 260.000 aktive Soldatinnen und Soldaten sowie rund 200.000 Reservistinnen und Reservisten. Eine reine Mustierung wird diese Lücke nicht schließen. Das wird am Ende die SPD erkennen müssen.

Ein Dienst an der Gesellschaft sollte sich jedoch nicht nur auf die Streitkräfte begrenzen. Deutschland verfolgt bewusst einen vernetzten Ansatz: Zivile und militärische Mittel greifen ineinander, um Krisen abzuwehren. Das ist schon im Grundgesetz mit der Einrichtung des Zivilschutzes so angelegt. Es ist folgerichtig, statt einer Wehrpflicht allein über eine allgemeine Dienstpflicht insgesamt nachzudenken. Ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr gäbe allen Menschen die Möglichkeit, entweder in den Streitkräften oder in zivilgesellschaftlichen Institutionen zu dienen. Nicht nur minderte das den Ge-wissenskonflikt einer reinen Wehrpflicht, es brächte auch an anderer Stelle einen Mehrwert: Die übergreifenden Eindrücke gäben vielfach eine erste Orientierung in der Berufswahl. Auch hierfür könnte eine allgemeine „Dienstpflicht für alle“ wichtige Impulse setzen.

Eine Wehrpflicht stärkt die sozialen Grundlagen

Eine Wehrpflicht ist mehr als ein Instrument zur Personalgewinnung. Sie bildet nicht nur Soldatinnen und Soldaten aus, sondern stärkt demokratische Grundhaltungen. Unsere Soldatinnen und Soldaten sind „Staatsbürger in Uniform“. Dieser Grundgedanke der Inneren Führung wirkt in zwei Richtungen: Er demokratisiert die Streitkräfte und bindet sie eng an



Zur Person:

Als Vorsitzender der Jungen Union (JU) setzt Johannes Winkel sich dafür ein, dass die Wehrpflicht schrittweise wieder eingeführt wird.

die Gesellschaft zurück. Die Bundeswehr kann nur dann ein echtes Abbild der Gesellschaft sein, wenn die Gesellschaft selbst in ihr vertreten ist. Das schützt vor Parallelstrukturen und stärkt das Vertrauen in unsere Armee. Die Wehrpflicht kann wie keine andere Maßnahme sicherstellen, dass die Wehrdienstleistenden einen Querschnitt der Bevölkerung darstellen. Denn die Wehrpflicht greift für alle gleichermaßen, unabhängig davon, ob die Eltern Anwälte, Bäckermeister oder Krankenpfleger sind. So verbindet sie unterschiedliche gesellschaftliche Schichten, schafft gemeinsame Erfahrungen und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.



Der neue Wehrdienst – sinnvoll, fair und freiwillig

Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Falko Droßmann, setzt auf das Kernprinzip Freiwilligkeit.

Eine moderne Armee muss beide Geschlechter umfassen

Zudem muss die Wehrpflicht einer modernen Armee beide Geschlechter umfassen. Das ist nicht nur ein Gebot der Gerechtigkeit, sondern ein Signal: Gleiche Pflichten schaffen gleiche Rechte. Wer einwendet, Frauen sollten erst dann verpflichtet werden, wenn sie vollständig gleichberechtigt seien, übersieht das Potenzial eines solchen Modells. Denn eine Wehrpflicht für beide Geschlechter liefert ein starkes Argument, verbliebene Ungleichheiten abzubauen.

Gleichzeitig müssen wir uns ehrlich machen: Eine Wehrpflicht stellt einen Eingriff in die persönliche Freiheit vieler junger Menschen dar. Weil sie aber dennoch gebraucht wird, um die Freiheit aller zu verteidigen, ist es umso wichtiger, dass sich die Politik insgesamt generationengerechter aufstellt und den Dienst dieser jungen Menschen anerkennt. Wolfgang Schäuble hat einmal gesagt: „Wir müssen uns verteidigen können, um uns nicht verteidigen zu müssen.“ Wir sollten keine weitere Zeit verlieren: Damit Deutschland die Zeitenwende vollziehen kann, brauchen wir endlich die Wehrpflicht. ■

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine 2022 markierte den Wendepunkt für unsere europäische Sicherheitsordnung. Was mehr als drei Jahrzehnte als sicher galt – Frieden, Stabilität, verlässliche Bündnisse, keine Grenzverschiebungen mit militärischer Gewalt – ist seitdem in Frage gestellt.

Deutschland kann sich in dieser Lage nicht auf alten Gewissheiten ausruhen und muss sich den neuen Rahmenbedingungen anpassen. Unsere Partner in der NATO erwarten zu Recht, dass wir unseren Anteil an der gemeinsamen Verteidigungsfähigkeit leisten. Dazu gehört, die zugesagten militärischen Fähigkeiten personell entsprechend zu unterfüllen. Stand Oktober 2025 hat die Bundeswehr etwas mehr als 184.000 Soldatinnen und Soldaten. Bis 2035 benötigen wir etwa 260.000 Soldatinnen und Soldaten im aktiven Dienst sowie rund 200.000 gut ausgebildete Reservistinnen und Reservisten. Das sind hohe Anforderungen, aber sie sind notwendig, wenn wir glaubwürdig für unsere Demokratie einstehen wollen.

Die Wehrpflicht der 1950er Jahre ist veraltet

Deshalb stellt sich die Frage nach dem Wehrdienst neu. Allerdings nicht im Sinne eines unreflektierten Rückgriffs auf das alte Modell der allgemeinen Wehrpflicht aus den 1950er Jahren. Das wäre weder zeitgemäß noch geeignet, den sicherheitspolitischen Herausforderungen aus dem Jahr 2025 gerecht zu werden. Es würde auch die Möglichkeiten unserer Bundeswehr bei Weitem übersteigen, jedes Jahr 350.000 junge Männer zu mustern und davon, nach Abzug aller Nicht-Tauglichen und Kriegsdienstverweigerer, schätzungsweise 150.000 bis 200.000 zum Militärdienst zu verpflichten. Dafür fehlen unseren Streitkräften die Infrastruktur, die materielle Ausstattung und ausreichend Ausbilderinnen und Ausbilder. Grund ist die komplette Zerschlagung aller Wehrdienststrukturen unter Verteidigungsminister zu Guttenberg mit der Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011. Die sofortige Reaktivierung der allgemeinen Wehrpflicht würde die Vertei-



Zur Person:

Geboren am 11. Dezember 1973 in Wipperfürth; evangelisch-lutherisch; verheiratet. 1991 bis 1994 Polizeivollzugsbeamter; 1994 bis 1997 Abitur an den Beruflichen Schulen des Odenwaldkreises; 1997 bis 2016 Offizier der Deutschen Luftwaffe; 1999 bis 2002 Studium der Geschichtswissenschaft (Mag.Art.). 2016 bis 2021 Leiter des Bezirksamtes Hamburg-Mitte; seit 2021 Bundestagsabgeordneter, seit Oktober 2024: Verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

digungsfähigkeit der Bundeswehr deswegen um Jahre zurückwerfen.

Erziehung ist nicht die Aufgabe der Streitkräfte

Ich höre auch immer wieder, dass wir eine allgemeine Wehrpflicht benötigen, um jungen Männern „endlich mal wieder“ Werte und Disziplin beizubringen. Dagegen wehre ich mich vehement. Die Bundeswehr kann nicht in wenigen Monaten ausbügeln, was Elternhäuser und Bildungssysteme in 18 Jahren nicht geschafft haben. Erziehung ist nicht Aufgabe der Streitkräfte.

Gemeinsam mit der Union haben wir deswegen einen Wehrdienst geplant, der die Realität der Gegenwart abbildet: Er muss dem Bedarf unserer Bundeswehr entsprechend organisiert und für junge Menschen fair und attraktiv ausgestaltet sein. Zur Attraktivität gehören eine sinnvolle Beschäftigung, moderne Ausbildungsmethoden, eine großzügige Vergütung von rund 2.600 Euro brutto und ein anständiger Führerscheinzuschuss ab einer Dienstzeit von zwölf Monaten.

Im Gesetz setzen wir auf das Kernprinzip Freiwilligkeit. Verantwortungsbereitschaft und Motivation sind zentrale Faktoren für die Einsatzbereitschaft unserer Streitkräfte. Sie entste-

hen nicht durch Zwang, sondern durch Überzeugung. Ich gehe davon aus, dass junge Menschen den Wert und die Attraktivität des mindestens sechs Monate dauernden Dienstes erkennen und sich genügend Freiwillige dafür melden werden.

Eine neue Form der Wehrerfassung wird eingeführt

Damit Freiwilligkeit ein tragfähiges Fundament hat, führen wir zugleich eine neue Form der Wehrerfassung ein. Alle jungen Menschen erhalten in dem Jahr, in dem sie 18 Jahre alt werden, einen Brief. In diesem finden sie einen QR-Code zu einem digitalen Fragebogen, der ihr Interesse, ihre Fähigkeiten und ihre Eignung abfragt. Junge Männer müssen den Fragebogen ausfüllen, junge Frauen können es. Das schafft Übersicht und ermöglicht zielgerichtete Beratung.

Ab 2027 wird auch die systematische Musterung ganzer Jahrgänge eingeführt. Diese Erfassung dient dem Ziel, dass der Staat im Ernstfall weiß, wer prinzipiell für die Verteidigung unseres Landes und Bündnisses geeignet ist. Wir verhindern so außerdem, dass einzelne Gruppen einseitig belastet werden und schaffen eine Grundlage, auf der die Bundeswehr realistisch planen kann.

Sollten sich über einen längeren Zeitraum wider Erwarten

nicht genügend Freiwillige melden, um die jährlich festgelegten Zielvorgaben zu erreichen, ist im Gesetz auch der weitere Fahrplan festgelegt. Wenn die Sicherheitslage es erfordert, wird sich der Bundestag in diesem Fall mit einem neuen Gesetz zur Einführung einer Bedarfswehrpflicht beschäftigen müssen.

Bedarfswehrpflicht bedeutet im Gegensatz zur allgemeinen Wehrpflicht, dass nur so viele junge Männer verpflichtet werden, bis die Lücke zwischen Freiwilligen und festgelegtem Bedarf geschlossen ist. Ein Beispiel: Sollten sich im Jahr 2035 durch Freiwilligkeit nur 230.000 Soldatinnen und Soldaten im aktiven Dienst befinden, werden 30.000 junge Männer zur Erfüllung der Zielvorgabe von 260.000 Soldatinnen und Soldaten verpflichtet.

Neben der Zahl der aktiven Soldatinnen und Soldaten wird auch die Zahl der grundausgebildeten Reservisten mit dem neuen Dienst über die Jahre erheblich steigen. Diese Reservisten sollen im Ernstfall dazu beitragen, die kritische Infrastruktur in Deutschland, z.B. gegen Drohnenangriffe, zu verteidigen.

Das Gesetz zum neuen Wehrdienst wird damit insgesamt einen wichtigen Beitrag leisten, die Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit unseres Landes zukünftig sicherzustellen. ■



Deutschland steht in schwerer antisemitischer Krise

Antisemitismus zeigt sich auf unseren Straßen durch Schmierereien wie Hakenkreuze, antisemitische Parolen oder das Beschädigen jüdischer Einrichtungen. Er tritt in verbalen Anfeindungen und Bedrohungen gegenüber Menschen auf, die als jüdisch wahrgenommen werden. Zunehmend wird der linke Antisemitismus sichtbar – etwa in der Relativierung oder Delegitimierung jüdischen Lebens und Israels bei Demonstrationen oder durch entsprechende Parolen im öffentlichen Raum.

alt&jung sprach mit Elio Adler, dem Gründer und Vorsitzenden des jüdischen Vereins Wertelinitiative über die aktuelle Situation.



Gut zu wissen:

Über den Verein Wertelinitiative – jüdisch-deutsche Positionen e.V.

Die Wertelinitiative hat sich als eine zivilgesellschaftliche jüdische Stimme in Deutschland seit 2014 etabliert. Sie ist angetreten, um die Zukunft jüdischen Lebens in Deutschland zu sichern. Daher setzt sie sich für die Stärkung der Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung aus jüdischer Perspektive ein. Dies tut sie, indem sie den wertebasierten politischen, gesellschaftlichen und medialen Diskurs, das bürgerschaftlich-jüdische Engagement in Deutschland und das deutsch-israelische Verhältnis fördert.



www.werteinitiative.de/elio-adler-juedisches-leben-in-deutschland-bleibt-auch-nach-1700-jahren-extrem-unnormal/

Antisemitismus zeigt sich heute in sehr unterschiedlichen Formen – von rechtsextremen Milieus bis hin zu importiertem Antisemitismus aus dem Nahostkonflikt. Wie bewertet die Wertelinitiative aktuelle Situation in Deutschland?

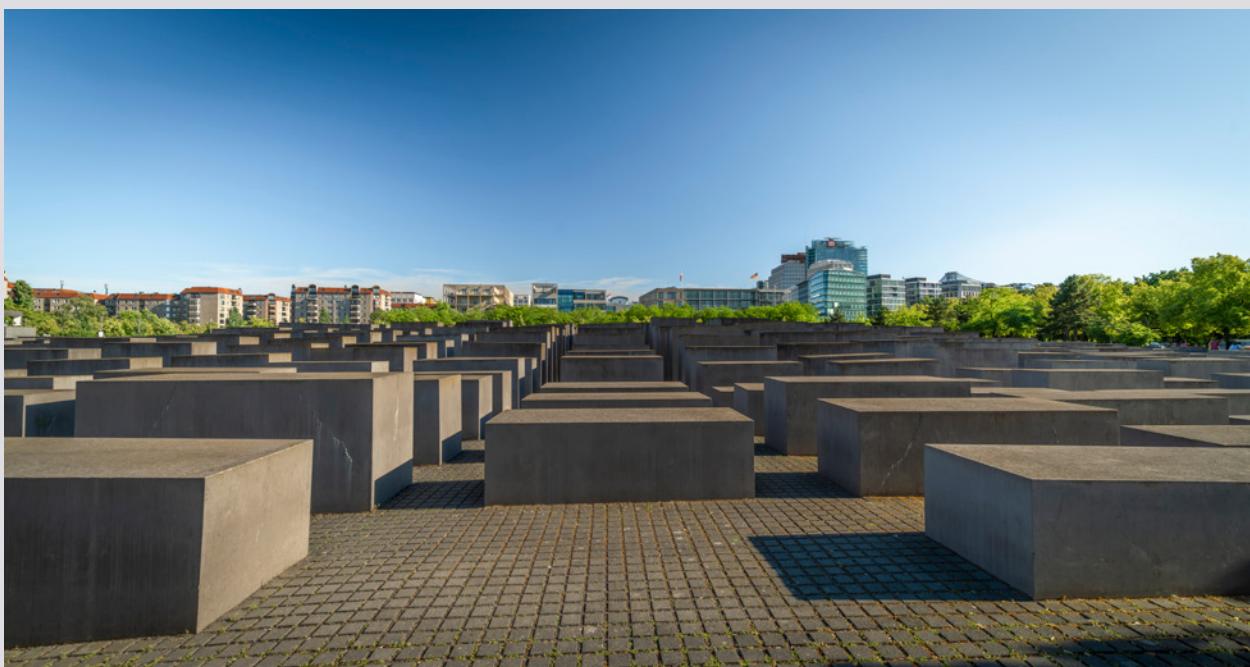
Elio Adler: Wir bewerten die Lage als äußerst ernst und tiefgreifend. Antisemitismus tritt heute gleichzeitig in mehreren Milieus auf – im rechtsextremen Spektrum, in islamistischen und arabisch-nationalistischen Kreisen, im linken Antizionismus und zunehmend auch in der gesellschaftlichen Mitte. Seit dem 7. Oktober 2023 hat sich die Situation sichtbar verschärft. Jüdinnen und Juden erleben offene Feindseligkeit, Einschüchterung im Alltag und eine verstärkte Normalisierung antizionistischer Narrative, die klassischen Judenhass verschleiern oder legitimieren. Deutschland steht damit in der schwersten antisemitischen Krise seit der Nazizeit. Die Wertelinitiative betont, dass Antisemitismus nicht nur symbolisch verurteilt werden darf, sondern konsequent, wirksam und dauerhaft bekämpft werden muss.

Welche Entwicklungen oder gesellschaftlichen Tendenzen bereiten Ihnen dabei besonders Sorge?

Das sind vor allem zwei Dinge: Besorgniserregend ist die wachsende gesellschaftliche Normalisierung antisemitischer Aussagen oder Haltungen. Parolen und Bilder, die früher klar als antisemitisch erkannt wurden, werden heute relativiert oder in den Kontext des Nahostkonflikts verschoben. Diese Normalisierung schafft Räume, in denen sich Judenhass ungestört ausbreiten kann. Hinzu kommt eine gefährliche Querfront zwischen ideologisch gegensätzlichen Strömungen – rechte, linke, islamistische und arabisch-nationalistische Gruppen finden im Antisemitismus einen gemeinsamen Nenner. Diese Vernetzung erschwert eine klare gesellschaftliche Abgrenzung

und verschärft die Bedrohungslage zusätzlich.

Außerdem erfüllt uns mit Sorge, dass Antizionismus zunehmend als läbliche Haltung dargestellt wird. Zionismus heißt nichts anderes, als dass Juden eine souveräne Heimstätte im historischen Land Israel haben dürfen. Dabei geht es weder um Grenzverläufe noch um Regierungen, sondern nur um die Existenz eines jüdischen Staates. Um es noch deutlicher zu machen: Die Hunderttausenden von Demonstranten, die seit Jahren in Israel gegen die Regierung auf die Straße gehen, sind Zionisten und leider sind auch die rechtsextremen Regierungsmitglieder der aktuellen israelischen Regierung Zionisten. So breit ist das Spektrum und daher richten sich Antizionisten in Wahrheit gegen die pure Existenz des jüdischen Staates.



Wie bewertet die Werteinitiative bei ihrer Arbeit zwischen diesen verschiedenen Formen des Antisemitismus?

Es gibt keinen guten und schlechten Antisemitismus. Jede Form ist gefährlich und muss als solche benannt und bekämpft werden. Antisemitismus äußert sich in Deutschland in ganz unterschiedlichen Milieus, ist aber überall Ausdruck derselben menschenfeindlichen Ideologie. Die Werte-Initiative versteht Judenhass als Brückenideologie, die politisch völlig unterschiedliche Gruppen verbindet und gleichzeitig die Grundlagen der demokratischen Ordnung angreift. Deshalb sehen wir unsere Aufgabe darin, Antisemitismus in all seinen Ausprägungen sichtbar zu machen und die strukturellen Verbindungen zwischen den verschiedenen

„Besorgnis-erregend ist die wachsende gesellschaftliche Normalisierung antisemitischer Aussagen oder Haltungen.“

Formen offenzulegen. Ferner ist uns wichtig aufzuzeigen, warum Judenhass am Kern der Demokratie sägt.

Welche Verantwortung hat die Politik, um antisemitischen Tendenzen entgegenzutreten?

Die Politik hat die gleiche Verantwortung wie im Kampf gegen jede andere antidemokratische Tendenz: Sie muss die freiheitliche demokratische Grundordnung schützen und stärken. Aus unserer Sicht bedeutet das, zu verstehen, dass Antisemitismus untrennbar mit antidemokratischem Denken verbunden ist. Gerät in der Gesellschaft etwas ins Wanken, sind Juden immer nur meist zuerst Ziele von Bedrohung und immer offeneren Angriffen. Es bedeutet auch,

Antisemitismus klar und eindeutig zu benennen, unabhängig davon, aus welchem Milieu er kommt. Gleichzeitig braucht es wirksame Maßnahmen jenseits symbolischer Politik: kurzfristig konsequente Strafverfolgung, eine klare Haltung gegenüber antisemitischen Demonstrationen und Propaganda und mittelfristig Bildungsprogramme, die Prävention ernst nehmen, sowie Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen, die antisemitische Inhalte nicht dulden. Der Staat muss deutlich machen, dass der Schutz jüdischen Lebens kein Sonderanliegen einer kleinen Minderheit ist, sondern ein Kernbestandteil der demokratischen Ordnung.

Vor diesem Hintergrund: Was erhoffen Sie sich von ihrer Initiative?

Wir Juden haben besonders feine Sensoren, wenn es darum geht zu erkennen, wo es in der Gesellschaft knirscht und wo demokratische Stabilität gefährdet ist. Darüber sprechen wir mit Entscheidungsträgern und nehmen mit unseren Beobachtungen, Positionen und Empfehlungen öffentlich Stellung. Wir möchten dazu beitragen, dass unsere Gesellschaft stärker erkennt, dass Antisemitismus ein Symptom ist, das früh innerhalb einer Gesellschaft auftritt, wenn sie in eine Schieflage gerät. Wir



Zur Person:

Elio Adler ist Vorsitzender und Gründer des Vereins Wertelinitiative – jüdisch-deutsche Positionen e.V. mit Sitz in Berlin. Adler wurde 2019 vom Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt als „Botschafter für Demokratie und Toleranz“ ausgezeichnet. Er lebt mit seiner Frau und zwei Söhnen in Berlin. Beruflich ist er Zahnarzt. Er führt eine eigene Praxis.

möchten zu einem politischen und gesellschaftlichen Klima beitragen, in dem Antisemitismus nicht nur kritisiert, sondern tatsächlich zurückgedrängt wird. Ziel ist ein demokratisches Deutschland, in dem jüdische Menschen ebenso wie alle anderen Minderheiten frei von Angst leben können. Wir setzen darauf, Politik und Gesellschaft dafür zu sensibilisieren, dass der Schutz jüdischen Lebens automatisch dem der Schutz der Demokratie dient. ■

*Das Gespräch führte
Gabriele Grabowski*



Alt werden ... in Frankreich

Der französische Ansatz zur Bewältigung der demografischen Herausforderung beruht auf der strategischen Verzahnung zweier zentraler Komponenten: der fachkundigen Betreuung bei Verlust der Selbstständigkeit (Pflegebedürftigkeit) und der proaktiven Förderung des aktiven und gesunden Alterns (Vorsorge).

Zentrales Instrument dieser Politik ist die sogenannte personenbezogene Pflegebeihilfe (APA). Diese wichtige Sozialleistung ermöglicht die Finanzierung von maßgeschneiderten Hilfeplänen, die von der häuslichen Pflege bis zur Aufnahme in eine entsprechende Einrichtung reichen.

Das Dienstleistungsangebot umfasst im Bereich der häuslichen Pflege Essenslieferungen, ambulante Pflegedienste und den Einsatz von Haushaltshilfen. Parallel dazu stehen angepasste Wohnlösungen zur Verfügung, die von Pflegeheimen (EHPAD) bis zu flexibleren Formen wie Tageseinrichtungen oder Kurzaufnahmen reichen.

Besonderen Wert legt das System auf die territoriale Koordinierung, um eine gleichwertige Betreuung im gesamten Land sicherstellen und Unterbrechungen im Pflegeprozess vermeiden. Ziel ist es, eine wirksame Vernetzung zwischen den Sozialdiensten, den Pflegeeinrichtungen, den medizinischen Fachkräften und den lokalen Gebietskörperschaften zu gewährleisten.

Selbstbeteiligung für Familien ein Problem

Gleichwohl steht dieses System vor Herausforderungen. Für manche Familien kann die Selbstbeteiligung je nach Einkommen und Grad der Pflegebedürftigkeit des Betroffenen erheblich sein. Dies hat einerseits zum Aufschwung privater Pflegeversicherungen und andererseits zur Entwicklung spezifischer Maßnahmen zur aktiven Unterstützung von pflegenden Familienangehörigen geführt.

Rentenkassen, Verbände und Gebietskörperschaften bieten außerdem – häufig kostenlos – eine Vielzahl an Präventionsmaßnahmen. Diese Maßnahmen gliedern sich in vier Handlungsschwerpunkte:

1. regelmäßige und altersgerechte körperliche Aktivität,
 2. ausgewogene Ernährung,
 3. kognitive Stimulation zur Stressbewältigung.
 4. Stressbewältigung.
- Diese Programme zielen darauf ab, die persönliche Motivation zu stärken und zu regelmäßigen Aktivitäten anzuregen, um

Selbstständigkeit und Lebensqualität bestmöglich zu erhalten. Besondere Bedeutung kommt der Antizipation von Bedürfnissen zu, um besser für die Zukunft gerüstet zu sein.

Senioren individuell betreuen

Eine der besonderen Stärken des französischen Modells liegt in der Fähigkeit der individuellen Anpassung der Betreuung an die einzelnen Senioren. Dies wird durch die Erarbeitung individueller Betreuungspläne ermöglicht. Diese Pläne berücksichtigen die speziellen Bedürfnisse, aber auch die Vorlieben und die Lebensweise der betreffenden Personen.

Dieser Ansatz umfasst mehrere wichtige Schritte:

- Festlegung konkreter und realistischer Ziele.
- Nahtlose Koordinierung aller beteiligten Akteurinnen und Akteure (medizinische Fachkräfte, Familie, Umfeld).
- Regelmäßige Überwachung des Betreuungsplans.
- Regelmäßige Bewertung seiner Auswirkung auf die Lebensqualität der Person.

Gut leben im Alter als nationale Strategie

Die staatlich koordinierte nationale Strategie „Gut leben im Alter“ strebt die Stärkung des territorialen Netzwerks, den Einsatz spezialisierter lokaler Betreuungsteams, die Verbesserung des Zugangs zu technischen Hilfsmitteln und die verbesserte Vorher sage künftiger Bedürfnisse an.

Zudem gibt es verschiedene Beispiele zur Bewahrung der Selbstständigkeit älterer Menschen in ihrem Zuhause:

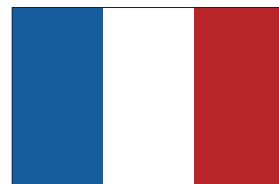
- Der regelmäßige Kontakt zur Familie und zu Bekannten fördert das eigene Selbstwertgefühl und beugt der Isolierung vor.
- Die Organisation und Teilnahme an verschiedenen Ausflügen, an Veranstaltungen oder anderen Freizeitaktivitäten hat einen positiven Einfluss auf das Gedächtnis und das psychologische Gleichgewicht.
- Altersgerechte körperliche Aktivitäten reduzieren die Sturzgefahr, stärken die Muskeln und das Gleichgewicht und wirken vorbeugend.

Sichere Einrichtung und Nutzung technischer Hilfsmittel

- Die Anpassung des Wohnraums: Anbringen von Haltegriffen, Einbau einer bodenebenen Dusche, rutschfeste Bodenbeläge, verbesserter Zugang zu Möbeln, Hausautomatisierungssysteme.
- Die Ausstattung der Wohnstätte mit Geräten, die durch Fernsteuerung zu bedienen sind (Notrufarmband, bei Nacht beleuchtete Wege) sorgt für Sicherheit im Alltag und gewährleistet schnelle Hilfe bei Stürzen oder Unwohlsein.
- Die Nutzung von technischen Hilfsmitteln erleichtert die Fortbewegung und sorgt für mehr Selbstständigkeit im Alltag.

Individuelle Betreuung und Unterstützung für pflegende Angehörige

- Unterstützung durch Pflegekräfte oder häusliche Pflegedienste für alltägliche Aufgaben bei gleichzeitiger Ermutigung der betreuten Person, selbstständig Dinge zu tun, zu denen sie fähig ist, um ihre Selbstständigkeit zu fördern.
- Einbeziehung pflegender Angehörige in das Leben der älteren Person.
- Regelmäßiger Austausch mit der pflegebedürftigen Person, um den Betreuungsplan anzupassen, ihre Mitwirkung zu stärken und dem Verlust der Selbstständigkeit vorzubeugen. ■



Frankreich verfolgt mit seinem Modell die gleichen Ziele des Schutzes der Menschenwürde und der Selbstständigkeit wie seine europäischen Nachbarn und steht vor denselben Herausforderungen wie diese. Es hat sich mit der Schaffung der fünften Säule der Sozialversicherung (2020) in Richtung der deutschen Pflegeversicherung entwickelt. Im europäischen Vergleich liegt sein Schwerpunkt auf die Prävention, die medizinisch-soziale Koordination und eine starke Ausrichtung auf Individualisierung.

Wir müssen konstruktiv und fordernd sein

von Astrid Birkhahn

In der Senioren-Union machen wir uns stark für die besonderen Anliegen der älteren Menschen. Wir wollen Politik machen nicht nur für Ältere, sondern mit ihnen. Wir treten ein für ein gutes Miteinander von Alt und Jung in unserer Gesellschaft, wir wollen unsere Erfahrungen und unsere Stärken einbringen. Die Senioren-Union als Vereinigung der CDU will aber auch an der politischen Meinungs- und Willensbildung mitwirken.

Da stellt sich mir die Frage: Tun wir das hörbar und bestimmt genug? Ist die Mitwirkungsabsicht klar und überzeugend? Als unsere Partei in Berlin in der Oppositionsrolle zu arbeiten hatte, war es für uns Bürgerinnen und Bürger einfach, Kritik zu äußern: „Ja, die Ampel ... Typisch! Wir würden....“

Jetzt trägt die CDU Verantwortung in einer Koalitionsregierung und unsere aufmerksame kritische Begleitung gleicht eher einer Gratwanderung als einer deutlichen Positionsbeurteilung.

Aber genau das ist unsere Aufgabe, wenn wir unsere Aufgabe zur Mitwirkung ernsthaft annehmen.

Wir müssen konstruktiv und fordernd auf die Arbeit unserer Mannschaft schauen:

Konstruktiv bei der Erwartung an die Ergebnisse der Kommissionen zu Pflege und Rente. Nicht in den Chor der Kritiker einstimmen und mögliche Ergebnisse kleinreden, sondern positiv begleiten, Chancen sehen und Hoffnung äußern.

Fordernd bei der Ernsthaftigkeit in den Argumentationen in Presse und Öffentlichkeit. Am Beispiel „Aktivrente“ wurde erst spät deutlich gemacht, dass sie kein Schritt zur Stabilisierung der Rentenversicherung ist, sondern eine Öffnung zu längerer Teilhabe am Arbeitsleben, die mit hohen Steuereinbußen unterstützt wird.

Fordernd zu mehr Unterstützung beim Recht auf ein „ähnliches Leben“.

Fordernd auch im Kampf gegen Altersdiskriminierung!

Fordernd schließlich auch bei der Übernahme von Verantwortung für unsere Werteorientierung. Wer, wenn nicht wir als Senioren und Seniorinnen, sollte diese unerschrocken anmahnen. Aber bei der sinnlosen Parlamentsabstimmung zu Oppositionszeiten, als man die AfD-Unterstützung in Kauf nahm, verharrten auch wir in überraschtem Schweigen. Die Senioren-Union ist eine starke Vereinigung mit großem Potenzial – das ist Chance und Verpflichtung. Mit den Leitplanken einer konstruktiven und fordernden Begleitung des politischen Alltags können wir unserer Mitwirkung an der politischen Meinungs- und Willensbildung ein Stück näherkommen. ■

Zur Person:

Astrid Birkhahn ist stellvertretende Bundesvorsitzende der Senioren-Union

WIR aktiv vor Ort

Informationen aus
den Landesvereinungen



Inhalt

Nordrhein-Westfalen

- Ein guter Tag für die Senioren-Union der CDU NRW

Baden-Württemberg

- Mit frischem Schwung in die Zukunft
- Neuer Landesvorstand gewählt

Berlin

- Kein Kind soll hungrig in die Schule gehen

Niedersachsen

- Einsatz für die ältere Generation
- Pflege und Gesundheitspolitik sind Kernthemen
- Mitgliederversammlung in Krähenwinkel
- Gelungene Premiere: Seniorenmesse in Beverstedt

Hessen

- Glück im Alter
- Gießen auf Bildungs- und Erlebnisreise
- Entdeckungstour zwischen Donau, Hallertau und Altmühlthal
- Marion Thürmer bleibt Chefin der Senioren-Union der CDU-Groß-Zimmern
- Senioren-Union Hessen positioniert sich zur Kommunalwahl 2026

Rheinland-Pfalz

- Bereit für den Landtagswahlkampf

Schleswig-Holstein

- Digitalisierung im Fokus
- Jürgen folgt auf Jürgen

Brandenburg

- Senioren-Union, Junge Union und Junge CDA machen sich für eine generationengerechte Rentenreform stark

Mecklenburg-Vorpommern

- Feierstunde zum Tag der Deutschen Einheit

Thüringen

- 23. Thüringisch-Fränkischer Partnerschaftstag in Gera

Saarland

- Manfred Maurer als Vorsitzender wiedergewählt



Ein guter Tag für die Senioren-Union der CDU NRW

Neuss. Es herrschte Aufbruchstimmung im voll besetzten Tagungssaal des Crown Plaza Hotels am 10. Oktober 2025 in Neuss: Der 26. Landesdelegiertentag der Senioren-Union NRW stand unter dem Leitmotiv „Gemeinsam statt einsam“ und brachte wichtige Impulse für die politische Arbeit der kommenden Jahre.

Ministerpräsident Hendrik Wüst nutzte die gespannte Aufmerksamkeit der Delegierten, um über die großen Herausforderungen unserer Zeit zu sprechen. Besonders das Thema Einsamkeit im Alter rückte er in den Mittelpunkt. „Eine älter werdende Gesellschaft braucht Solidarität, Teilhabe und Menschlichkeit“, betonte Wüst. Er sagte seine persönliche Unterstützung zu und machte deutlich, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt eine gemeinsame Aufgabe von Politik, Zivilgesellschaft und jedem Einzelnen sei. In der lebhaften Diskussion wurde spürbar, dass der Ministerpräsident manche bundes- und landespolitische Entwicklungen nachdenklich sieht, aber auch Zuversicht für die Zukunft vermittelt.



Einen besonderen Akzent setzte Dr. Michael Brinkmeier, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Deutsche Schlaganfallhilfe, mit seinem Hauptvortrag „Wo bleiben die Kümmerer? Wie wir unser Gesundheitssystem wieder menschlich machen“. Er stellte zwei Projekte vor, die eindrucksvoll zeigen, wie Engagement Einsamkeit und Isolation entgegenwirken kann: die Schlaganfall-Lotsen, die Betroffene bis zu zwölf Monate lang auf ihrem Genesungsweg begleiten und die ehrenamtlichen Schlaganfall-Helfer, die praktische und menschliche Unterstützung im Alltag leisten. Beide Initiativen fanden im Plenum große Anerkennung.

Ein Höhepunkt des Delegiertentages war die Wahl des neuen Landesvorstands. Nach 39 Jahren an der Spitze eines ausschließlich männlich geführten Verbandes wurde mit großer Mehrheit erstmals eine Frau zur Vorsitzenden gewählt: Dr. Anette Bunse. Die 67-jährige Medizinerin ist seit 2009 in der Kommunalpolitik aktiv und gehört seit 2019 der Senioren-Union an. Sie folgt auf Helge Benda, der nach erfolgreichen Jahren nicht erneut kandidierte und zum Ehrenvorsitzenden ernannt wurde.

An Bunes Seite stehen künftig die stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Dieter Braun, Peter Fröhlingdorf, Gerhardt Schmidt, Ursula Schröder und Christa Waschkowitz-Biggeleben. Elke Rühl bleibt für die Finanzen zuständig, Heidi Brebeck setzt ihre Arbeit als Schriftführerin fort und Michael Dahmen übernimmt das Amt des Mitgliederbeauftragten.





Den neuen Landesvorstand komplettieren Hans-Werner Graffweg, Dieter Gruner, Gerd Josmann, Dietmar Kisters, Hildegard Kuhlmann, Monika Lux, Jutta Niemann, Gisela Schumann und Bruni Wiemer.

Die Delegierten zeigten sich rundum zufrieden: Der Ministerpräsident habe die zentralen Themen – Pflege, Rente, Sicherheit und Einsamkeit – offen angesprochen und die Bedeutung der Senioren-Union für die politische Arbeit der CDU betont. Seine Aufforderung, die Anliegen der älteren Generation noch deutlicher in der Öffentlichkeit zu vertreten, fand breite Zustimmung.

So endete der Landesdelegiertentag mit einem großen Dank an den scheidenden Vorsitzenden Helge Benda und einem starken Signal in die Zukunft der Senioren-Union NRW. ■



Mit frischem Schwung in die Zukunft

Baden-Württemberg. Die Senioren-Union Baden-Württemberg blickt mit frischem Schwung in die Zukunft. Mit dem neuen Online-Format **SUVernetzt** und einem neu gewählten Landesvorstand zeigt sie, wie lebendig und engagiert die ältere Generation Politik mitgestalten kann.

Rainer Wieland, der neue und alte Landesvorsitzende der Senioren-Union Baden-Württemberg, hat vor rund einem Jahr das Online-Format **SUVernetzt** ins Leben gerufen. Der Name ist Programm: Zum einen findet das Treffen im Internet – also im „Netz“ – statt, zum anderen geht es darum, Menschen miteinander zu vernetzen, Themen zu diskutieren und Ideen zu teilen. Wieland, der das Format initiiert und organisiert, beschreibt das Ziel so:

„Wir wollen unseren Mitgliedern einen echten Mehrwert bieten.“

Seit dem Start fanden bereits neun Ausgaben von **SUVernetzt** statt – jede mit einem anderen spannenden Thema. Diskutiert wurde unter anderem über den Führerschein im Alter, Gesundheit, Wehrpflicht, Bahnverkehr oder den Sozialstaat.

Als Gesprächspartner konnte Rainer Wieland, der selbst bestens vernetzt ist, namhafte Persönlichkeiten gewinnen – darunter die Bundestagsabgeordneten Marc Biadacz, Volker Mayer-Lay und Roderich Kiesewetter, den Europaabgeordneten Daniel Caspary sowie die Bahnmanagerin Dr. Clarissa Freundorfer.

Die Teilnehmer erhalten Informationen aus erster Hand und können anschließend direkt mit den Entscheidungsträgern ins Gespräch kommen. Ein großer Vorteil ist, dass man bequem von zu Hause aus teilnehmen kann – ganz ohne lange Anfahrt. Gerade für ältere Menschen ist das eine willkommene Möglichkeit, aktiv an politischen Themen mitzuwirken. Rainer Wieland freut sich über das stetig wachsende Interesse: „Es ist schön zu sehen, wie viele Mitglieder mitdiskutieren und ihre Erfahrungen einbringen.“

SUVernetzt findet in der Regel am frühen Nachmittag statt und dauert ein bis zwei Stunden. Auch Mitglieder aus anderen Landesverbänden sind herzlich eingeladen, dabei zu sein. ■



Hubert Hüppe zu Besuch beim neuen Landesvorstand

Neuer Landesvorstand gewählt

Beim Landestag der Senioren-Union in Gerlingen standen turnusgemäß die Neuwahlen des Landesvorstands auf dem Programm. Als Landesvorsitzender wurde Rainer Wieland in seinem Amt bestätigt.

Ihm zur Seite steht ein engagiertes Team aus neuen und bewährten Kräften (in alphabetischer Reihenfolge):

■ Stellvertretende Vorsitzende:

Klaus-Dieter Keller, Holger Noseck, Brigitte Schick und Birgit Walter

■ Schatzmeister: Klaus Burger MdL

■ Pressereferent: Dr. Georg Müller

■ Schriftührerin: Marika Hartkorn

■ Internetbeauftragter: Claus Bühnert

■ Mitgliederbeauftragter: Bernhard Freisler

Ergänzt wird der Vorstand durch die zwölf Beisitzerinnen und Beisitzer:

Dr. Dieter Astholz, Bruno Baur, Dr. Winfried Breil, Elisabeth Ehlers, Dr. Waldemar Haug, Maria Klink, Josef Müller, Hans-Dieter Pfohl, Eyke Peyeling, Rosely Schweizer, Christine Singler und Andreas Staab.

Dank und Anerkennung

Neben den Wahlen standen auch Ehrungen auf dem Programm, die **Hubert Hüppe**, der neue Bundesvorsitzende der Senioren-Union, und Rainer Wieland vornahmen. Für ihre langjährigen Verdienste um die Senioren-Union erhielten **Elisabeth Jeggle** und **Hans Rüdinger** die Ehrennadel in Gold.

Eine besondere Auszeichnung wurde **Ursula Kuri** zuteil. Sie war viele Jahre Mitglied im Bundesvorstand der Senioren-Union und engagierte sich mit großem Einsatz für die Belange älterer Menschen. Dafür wurde sie von Hubert Hüppe mit der **Konrad-Adenauer-Medaille der CDU Deutschlands** geehrt.

Mit neuen Ideen, engagierten Menschen und dem Mut, auch digital neue Wege zu gehen, zeigt die Senioren-Union Baden-Württemberg:

Alter ist keine Frage der Jahre – sondern der Haltung. ■



Kein Kind soll hungrig in die Schule gehen.

Berlin. Seit rund 20 Jahren packt eine riesige Helferschar einmal im Jahr Frühstücksboxen für Berliner und brandenburgische Erstklässler – gefüllt mit Brot, Banane, Apfel und Müsli. Ziel der Aktion ist es, Kindern wie Eltern zu zeigen: Ein gutes Frühstück macht nicht nur satt, es steigert auch die Konzentrationsfähigkeit.

Ein Stück Brot, etwas Käse, ein Apfel – klingt harmlos. Wer das aber 56.000-mal wiederholen möchte, steht vor einer logistischen Meisterleistung. Für diese Mammutaktion ist eine gute Planung wichtig und es sind viele helfende Hände nötig. In diesem Jahr fand die Aktion unter der Schirmherrschaft der Landesregierungen, unterstützt von über 40 Partnern und Sponsoren, statt – viele davon Bio- und Nachhaltigkeitsbetriebe. Gastgeber war Terra Naturkost. Bevor die erste Banane in die Box darf, beginnt das große Sortieren: Kartons, Schachteln, Folien, Tragebehälter – alle müssen vorsichtig geöffnet und Waren sortiert und weiterverarbeitet werden. Brotscheiben liegen in großen Tragebehältern wie kleine Kostbarkeiten, Müslitüten warten zu Hunderten, Käsecken sitzen ordentlich zu acht in runden Schachteln. Die Äpfel kommen kühl und leicht feucht aus den Großkisten, die Bananen liegen in typischen, mit Folie ausgeschlagenen Kartons – eine Art tropische Mini-Feuchtkammer.

Dann geht's richtig los: In der Halle herrscht konzentrierte Betriebsamkeit. Überall stapeln



Die Neuköllner Senioren-Union mit Dr. Irmtraut Keller-Janker (m.) und viel Spaß bei der Sache

sich Boxen, Kisten und Kartons, die im nächsten Moment schon wieder verschwunden sind, als hätten flinke Geister ihre Hände im Spiel. Wer mittendrin ist, merkt kaum, wie rasant alles läuft – heben, sortieren, öffnen, packen – und wieder von vorn.

Dazwischen die Geräusche des Tages: Kinder, die durch die Halle flitzen, ein Handy, das klingelt, Durchsagen zum Fortschritt – und immer wieder spontaner Applaus, wenn ein Abschnitt geschafft ist. Kleine Momente, die das Fließband menschlich und fröhlich machen.

Auch wir Senioren waren in diesem Jahr mit dabei – mitten im Gewusel, zwischen Brotkisten, Müslitüten und tropisch duftenden Bananenkartons. So eine Aktion ist körperlichfordernd, herzerwärmend und einfach schön. Gemeinsam anpacken, lachen, zählen, staunen – und am Ende wissen, dass 56.000 Kinder am nächsten Morgen ein gesundes Frühstück in der Schultasche haben. ■



Einsatz für die ältere Generation

Flögeln. Mit großer Beteiligung und spürbarem Engagement fand am 16. Oktober 2025 die Jahreshauptversammlung der Senioren-Union im Landkreis Cuxhaven im Landgasthof Seebeck in Flögeln statt. 32 Mitglieder nutzten die Gelegenheit, um Bilanz zu ziehen, Perspektiven zu entwickeln und die Stimme der älteren Generation zu stärken.

Nach einem gemeinsamen Frühstück eröffnete Kreisvorsitzender Uwe Anders die Versammlung mit einem eindrucksvollen Rückblick auf das vergangene Jahr. Besonders hob er die zahlreichen Informationsveranstaltungen, politischen Gespräche und die erfolgreiche Vernetzung mit anderen gesellschaftlichen Gruppen hervor. „Die ältere Generation ist kein Randthema – sie ist ein zentraler Bestandteil unserer Gesellschaft“, betonte Anders und unterstrich die Bedeutung von Teilhabe, Würde und digitaler Souveränität im Alter.

Ein Höhepunkt der Versammlung war das Grußwort von Enak Ferlemann, ehemaliger Bundestagsabgeordneter und langjähriger Unterstützer der Senioren-Union. Er würdigte das Engagement der

Der neue Vorstand der Kreisvereinigung Landkreis Cuxhaven



Schauen nach vorn: Senioren-Union im Landkreis Cuxhaven

Mitglieder und sprach über aktuelle politische Themen – darunter die Entwicklung des Flughafens Nordholz, die ÖPNV und die Mütterrente sowie die Notwendigkeit generationübergreifender Solidarität. „Die Senioren-Union ist ein unverzichtbarer Impulsgeber für unsere Partei und unsere Gesellschaft“, so Ferlemann.

Abschließend diskutierten die Mitglieder aktuelle Herausforderungen wie die geplante Neuordnung des Anruf-Sammeltaxis und die digitale Teilhabe älterer Menschen. Mit einem optimistischen Blick nach vorn endete die Versammlung – verbunden mit dem klaren Bekenntnis, sich auch künftig aktiv in die politische Gestaltung einzubringen. ■

Pflege und Gesundheitspolitik sind Kernthemen

Hannover. Am 13. und 14. Oktober 2025 tagte der Bundesvorstand der Senioren-Union Deutschlands in Hannover. Im Mittelpunkt der Beratungen standen zahlreiche Themen und Anregungen aus der Bundesdelegiertenversammlung, die nun an die CDU-Bundespartei und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion weitergeleitet werden.

Besonders intensiv diskutiert wurden die Bereiche Pflege, Gesundheitspolitik, Rente und Sicherheit – Themen, die für die ältere Generation von zentraler Bedeutung sind. Die Senioren-Union setzt sich dafür ein, dass die Anliegen der Seniorinnen und Senioren in diesen Feldern noch stärker in den politischen Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden.

Die Sitzung in Hannover zeigte erneut: Die Senioren-Union ist eine starke Stimme für die Älteren – engagiert, kompetent und zukunftsorientiert. ■





Mitgliederversammlung in Krähenwinkel

Langenhagen. Am 11. November fand die Mitgliederversammlung der Senioren-Union Langenhagen im Dorfgemeinschaftshaus Krähenwinkel statt. Der Vorsitzende Lothar Pätz freute sich über die zahlreiche Teilnahme der Mitglieder und begrüßte besonders den Vorsitzenden der Senioren-Union Kreisvereinigung Hannover-Land, Manfred Gröne.

Nach dem umfassenden Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden standen die turnusmäßigen Neuwahlen auf der Tagesordnung. Die Wahlleitung übernahm Manfred Gröne, der die Versammlung souverän durch die Wahlgänge führte.

Nach rund einer Stunde stand das Ergebnis fest: Lothar Pätz wurde als Vorsitzender einstimmig im Amt bestätigt. Neuer stellvertretender Vorsitzender ist Rüdiger Klar, das Amt des Schatzmeisters bekleidet weiterhin Norbert Kruse. Als Beisitzerinnen wurden Edith Herzberg und Renate Kutta-Klar gewählt.



Der Senioren-Vorstand in Langenhagen

Nach Abschluss der Wahlen klang der Abend in geselliger Runde bei einem gemeinsamen Gänseessen aus – ein stimmungsvoller Ausklang einer harmonischen und erfolgreichen Mitgliederversammlung. ■

Gelungene Premiere: Seniorenmesse in Beverstedt

Beverstedt. Ende September 2025 fand in Beverstedt erstmals eine Seniorenmesse statt – und die Senioren-Union im Landkreis Cuxhaven war selbstverständlich mit dabei. Zahlreiche Organisationen und Initiativen präsentierten sich, darunter die Johanniter, der Pflegestützpunkt, eine Senioren-Tanzgruppe, der PC-Club sowie viele weitere engagierte Akteure.

Die Messe bot den Besucherinnen und Besuchern eine hervorragende Gelegenheit, sich umfassend über Themen des Älterwerdens zu informieren – von Pflege- und Unterstützungsangeboten bis hin zu Freizeit- und Bildungsaktivitäten.

Fachleute standen für Fragen rund um Gesundheit, Vorsorge und Alltag im Alter bereit.

Auch der Austausch kam nicht zu kurz: Vertreterinnen und Vertreter der Senioren-Union nutzten die Messe, um mit Bürgerinnen und Bürgern sowie mit dem Seniorenbeirat Beverstedt ins Gespräch zu kommen, der eng mit dem Landkreis Cuxhaven zusammenarbeitet.

Mit ihrer Präsenz machte die Senioren-Union deutlich, wie wichtig eine generationenübergreifende und solidarische Gesellschaft ist. Sie bringt die Anliegen der älteren Generation aktiv in den gesellschaftlichen Dialog ein – engagiert, kompetent und auf Augenhöhe. ■



Seniorenmesse mit Spaß



Glück im Alter

Fulda. Glück im Alter war Thema der Senioren-Union Fulda mit Prof. Dr. Ernst Schubert im vollen Hörsaal des Bildungsunternehmens Dr. Jordan in Fulda, der im Jahre 2007 das Fach „Glück“ als Schulleiter in Heidelberg einführte und damit bundesweit Beachtung fand. In mehr als 150 Schulen steht das Fach Glück bereits auf dem Unterrichtsplan und es ist mittlerweile auch Bestandteil der Lehrerausbildung.

Glück ist nichts Einheitliches, es muss individuell erlebt und gestaltet werden. Es beginnt im Kopf, ist kein Zufallsprodukt und kann aktiv beeinflusst werden, gerade auch im Alter, so Dr. Schubert. Die Zuhörer wurden aufgefordert, sich eigene Glücksmomente bewusst zu machen. „Wie erleben Sie Glück?“. Die Antworten waren vielfältig. „Entscheidend dabei ist, diese Glücksmomente selbst wahr-

zunehmen.“ Glück kann sich unterschiedlich äußern: kurz und intensiv etwa bei einem bewegenden Ereignis, schwach aber langanhaltend wie bei regelmäßigen Veranstaltungen der Senioren-Union. Glück empfinden kann ebenso auch im Rückblick durch Erinnerungen und Ereignisse im eigenen Leben entstehen. Soziale Bindungen und Freundschaften, geteiltes Erleben und vor allem Familie sind stabile Säulen für anhaltendes Wohlbefinden. Dr. Schubert zitierte Joachim Fuchsbergers Buch „Alt werden ist nichts für Feiglinge“ und unterstrich, dass älter werden Herausforderungen mit sich bringt, die sich aber bewusst bewältigen lassen. Wir sind durchaus in der Lage, diese Dinge selbst zu beeinflussen, denn Glück entsteht überall dort, wo die Aufmerksamkeit auf das Gelungene ge-

lenkt wird und nicht auf das was fehlt, sondern auf das was da ist. Es ist immer die Frage, ob das Glas halb voll oder halb leer ist. Positiv denken. „Leben heißt, Dinge tatsächlich zu erleben und sich darüber zu freuen, so wie heute bei der Senioren-Union“, erläuterte er nach 90 kurzweiligen Minuten.

Der Kreisvorsitzende Karl-Josef Hahner bedankte sich bei Prof. Dr. Schubert mit den Worten: „Sie haben es geschafft, uns dieses Thema mit Humor und Erfahrung näher zu bringen und Anregungen zu geben, das eigene Lebensglück bewusst zu gestalten.“ Ebenso bedankte er sich bei Herrn Dr. Wolfgang Dippel vom Bildungsunternehmen Jordan, der diese Veranstaltung ermöglichte. ■



Gießen auf Bildungs- und Erlebnisreise



Italien. Der Kreisvorsitzende der Senioren-Union Gießen, Norbert Arnold, konnte 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur diesjährigen Mehrtagesreise in den Norden Italiens begrüßen. Unter dem Motto „Mit der Senioren-Union an den Comer See – Bergamo – Mailand“ führte die Fahrt zu einigen der schönsten Orte der Lombardei und des Tessins – mit einem besonderen historischen Schwerpunkt auf der ehemaligen Sommerresidenz von Bundeskanzler Konrad Adenauer, der Villa La Collina, in Cadenabbia.

Die Reise begann am frühen Morgen in Linden. Über Ulm, Chur und den San-Bernardino-Tunnel führte die Route durch eindrucksvolle Alpenlandschaften, vorbei an malerischen Seen und Bergkulissen, bis nach Varese, wo die Gruppe im eleganten Palace Grand Hotel Quartier bezog. Der Abend klang bei einem gemeinsamen Abendessen und angeregten Gesprächen aus.

Am zweiten Tag stand eine Rundfahrt um den Comer See auf dem Programm. Unter der Leitung eines sachkundigen Stadtführers erkundeten die Teilnehmenden zunächst die Stadt Como mit ihrer beeindruckenden Altstadt, dem Dom und der Piazza Cavour. Im Anschluss besuchte die Gruppe die Villa La Collina in Cadenabbia, die Konrad Adenauer viele Jahre lang als Ort der Erholung und Reflexion diente. Der Besuch des weitläufigen Parks und der Ausstellung der Konrad-Adenauer-Stiftung hinterließ bei allen einen bleibenden Eindruck.

Der dritte Reisetag führte in die Mode- und Kulturmetropole Mailand. Bei einer Stadtführung erlebten die Reisenden die Highlights der lombardischen Hauptstadt: den prachtvollen Mailänder Dom, die weltberühmte Scala (Außenbesichtigung), das Castello Sforzesco sowie die Kirche Santa Maria delle Grazie mit Leonardo da Vincis Meisterwerk

„Das Abendmahl“. Am Nachmittag blieb Zeit für eigene Erkundungen und einen Cappuccino auf der Piazza del Duomo.

Ein weiterer Höhepunkt erwartete die Gruppe am vierten Tag in Bergamo, der italienischen Kulturhauptstadt 2023. Mit der historischen Standseilbahn Funicolare ging es hinauf in die malerische Oberstadt (Città Alta). Bei einem Rundgang über die Piazza Vecchia, vorbei am Torre Civica und der venezianischen Stadtmauer, erfuhren die Teilnehmer Spannendes über die Geschichte der Stadt. Natürlich durfte auch ein kulinarischer Stopp nicht fehlen: In einer traditionellen Pasticceria wurde das in Bergamo erfundene Stracciatella-Eis probiert – ein süßer Genuss, der für Begeisterung sorgte.

Am letzten Tag trat die Reisegruppe nach einem ausgiebigen Frühstück die Rückfahrt über den Simplonpass an. Die Route führte durch die imposante Gondoschlucht, vorbei an Brig, dem Genfer See und Montreux, bevor die Teilnehmer am Abend wohlbehalten und mit vielen neuen Eindrücken in Mittelhessen ankamen.

Kreisvorsitzender Norbert Arnold bedankte sich herzlich bei allen Mitreisenden für die gute Gemeinschaft und das große Interesse.

Die Reise an den Comer See wird vielen in lebhafter Erinnerung bleiben – als gelungene Mischung aus Kultur, Geschichte, Natur und Gemeinschaft.

Die Senioren-Union Gießen hat die Reise genossen. ■



Entdeckungstour zwischen Donau, Hallertau und Altmühltafel

Niederbayern. Die Senioren-Union Nidderau unternahm einen fünftägigen Ausflug nach Niederbayern. Unter dem Motto „Zwischen Donau, Hallertau und Altmühltafel“ führte der Weg der Reisegruppe nach Bad Gögging, einem traditionsreichen Kurort in der Nähe von Ingolstadt.

Bereits auf der Hinfahrt gab es ein gemeinsames Frühstück. Bei einem Zwischenstopp in Ingolstadt erfuhren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei einem Stadtrundgang durch die Altstadt viele interessante Details über die Geschichte und Entwicklung der Stadt. Heute ist Ingolstadt eine wohlhabende und dynamische Metropole – Sitz eines internationalen Automobilherstellers sowie mehrerer großer petrochemischer Betriebe.

Am zweiten Tag ging es in das weltbekannte Hopfenland Hallertau – auch Holledau genannt – mit Besuch des Deutschen Hopfemuseums, der Kuchlbauer-Brauerei und des von Friedensreich Hundertwasser gestalteten Turms. Die lebhaften Erklärungen des Reiseleiters, die eindrucksvolle Landschaft und der Duft des Hopfens machten die Rundfahrt zu einem besonderen Erlebnis.

Ein weiterer Höhepunkt der Reise war die Schifffahrt durch den Donaudurchbruch von Kelheim nach Weltenburg. Der Besuch des Klosters Weltenburg mit seiner prachtvollen barocken Klosterkirche und die Einkehr im Klostergasthof rundeten den Tag genussvoll ab.

Auch die bayerische Landeshauptstadt München durfte

nicht fehlen: Bei einer ausführlichen Stadtrundfahrt und einem anschließenden Bummel durch die Innenstadt erlebten die Nidderauer Senioren die gelungene Mischung aus Tradition, Kultur und modernem Großstadtflair.

Nach abwechslungsreichen Tagen voller Eindrücke trat die Gruppe gut gelaunt die Heimreise an. Bei einem Zwischenstopp in Nürnberg – einer der drei Metropolen Bayerns – bot sich noch die Gelegenheit, die historische Stadtmauer und die imposante Burg zu besichtigen.

Vorsitzender Klaus Knapp bedankte sich im Namen der Senioren-Union bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die harmonische Reisegemeinschaft sowie bei Sybille Ohl für die hervorragende Organisation.





Marion Thürmer bleibt Chefin der Senioren-Union der CDU-Groß-Zimmern.

Groß-Zimmern. Gute Arbeit zahlt sich aus: Marion Thürmer (Bildmitte) bleibt die nächsten beiden Jahre an der Spitze der Senioren-Union der CDU-Groß-Zimmern. Der neue stellvertretende Vorsitzende heißt Peter Waldmann (Zweiter von rechts), die Vorstandsmitglieder Inge Eckmann (rechts) sowie Anita Blank und Dieter Moser (Beide links) komplettieren das Bild. Nicht im Bild Siegfried Sudra und Johannes Blank. ■



Senioren-Union Hessen positioniert sich zur Kommunalwahl 2026

Hessen. Die CDU Hessen ist die Kommunalpartei Nr. 1. Die Senioren und Seniorinnen in Hessen sind die Wählergruppe mit den höchsten Stimmanteilen für die CDU.

Aus diesem Sachverhalt leitet die CDU-Senioren-Union Hessen den Anspruch ab, dass die Anliegen der Älteren in der CDU und der älteren Menschen allgemein in die Wahlausagen der lokalen Wahlprogramme einfließen sollen: angepasst an die lokalen Erfordernisse und Gegebenheiten – denn Kommunalwahlen sind lokale Wahlen.

Senioren und Seniorinnen gehören in den Fokus der Politik. In den Kommunen soll eine aktive, engagierte Seniorenpolitik gemacht werden, die die vielfältigen Interessen und Bedürfnisse der älteren Generation

ebenso berücksichtigt wie deren Erfahrung und deren aktive Beteiligung am gesellschaftlichen Leben.

Zukunft braucht Erfahrung. Daher wollen wir, dass die Erfahrung der noch aktiven Kommunalpolitiker Ü60 wie auch die Erfahrung ehemaliger Kommunalpolitiker in die Entscheidungen für die Bürgerinnen und Bürger in Hessen einfließen.

Wir danken allen hochengagierten Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern für ihre oft nicht leichte und oft nicht wertgeschätzte Arbeit zum Wohle der Gemeinschaft.

Aus dem Leitantrag der CDU Hessen zur Kommunalwahl liegt der SU Hessen besonders der Punkt „Gesundheitsversorgung sichern, Kooperationen ausbauen“ am Herzen.

Wir bitten alle Kommunalpolitiker, die im Leitantrag getroffenen Aussagen vor Ort tatkräftig zu unterstützen.

Seniorenpolitik gehört in die Mitte der CDU. Sie gehört in die Mitte der Politik. Sie gehört in die Mitte der Gesellschaft. ■

Die sechs Schwerpunktthemen finden Sie auf der Internetseite der SU Hessen:

1. Engagiert für ein Alter in Würde
2. Aktiv im Alter – mittendrin im Leben
3. Fit im Alter – die Präventions-Initiative
4. Gemeinsam statt einsam
5. Im Pflegefall gut versorgt
6. Medizinische Versorgung – wohnortnah und leistungsstark



Bereit für den Landtagswahlkampf

Rheinland-Pfalz. Die Senioren-Union Rheinland-Pfalz hat in einer Kreisvorsitzendenkonferenz die Weichen für den bevorstehenden Landtagswahlkampf gestellt. Für die Wahl am 22. März 2026 plant die Vereinigung eine enge und tatkräftige Unterstützung der CDU-Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten im ganzen Land.

Ein zentrales Element der Kampagne ist die neue Publikation „SUpér – Senioren-Union persönlich“, die aktuelle Themen aufgreift und Mitglieder wie Wähler gleichermaßen ansprechen soll. Die zweite Ausgabe startet mit einem prominenten Beitrag: einem Namensartikel des CDU-Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten zur Landtagswahl, Gordon Schnieder MdL, der sich darin zur zukünftigen Bildungspolitik für Rheinland-Pfalz äußert.

Besonders kreativ zeigt sich die Senioren-Union mit einem Aufmerksamkeit erzeugenden Malbuch „Spiel. Mal. Lieder.“ Dieses wird allen 52 CDU-Kandidatinnen und -kandidaten individualisiert zur Verfügung gestellt und soll sowohl im direkten Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern als auch als sympathischer Türöffner in Familien dienen. Auch die Kreisverbände der Senioren-Union werden das Malbuch aktiv zur Wähleransprache einsetzen.

Ergänzt wird das Werbemittelpaket durch bewährte Klassiker: Die „Notfall-Info“, seit Jahren eines der beliebtesten Materialien der Senioren-Union, sowie die Flyer der Sicherheitsserie „Sicher



leben“, „Fair fahren“ und „Hitzeschutz“. Sie bieten alltagsnahe Tipps, nicht nur für Senioren in Rheinland-Pfalz.

Ein besonderes Augenmerk legt die Senioren-Union darauf, dass alle Materialien über den Wahltag hinaus nutzbar sind. Damit erfüllen sie zwei Funktionen zugleich: Sie stärken die Wählerbindung und wirken zugleich als Instrument der Mitgliedergewinnung.

Der Landesvorsitzende der Senioren-Union, Karl-Heinz Totz, zeigt sich überzeugt von den bereitgestellten Materialien zum Einsatz im kommenden Wahlkampf: „*Wir wissen um unsere Wirkung in die größte und für die Union wichtigste Wählergruppe: die Seniorinnen und Senioren. Wir werden unseren Teil für einen Wahlerfolg der Union leisten, so wie wir es immer getan haben.*“

Mit einem breit gefächerten und nachhaltig konzipierten Maßnahmenpaket sieht sich die Senioren-Union bestens vorbereitet, um die CDU auf dem Weg zu einem erfolgreichen Abschneiden bei der Landtagswahl 2026 zu unterstützen. ■





Digitalisierung im Fokus

Neumünster. „Digitalisierung“ war das Schwerpunktthema der diesjährigen Landesdelegiertenversammlung der Senioren-Union Schleswig-Holstein am 13. Oktober 2025 in Neumünster. Dazu hatte der Vorstand Prominenz mit fundierten Kenntnissen eingeladen. Doch zunächst wurde der Landesvorstand neu gewählt.

Landesvorsitzender Dieter Holst begrüßte zu Beginn die Delegierten und Gäste, darunter die stellvertretende Landesvorsitzende der Senioren-Union Mecklenburg-Vorpommern, Helga Karp. Jürgen Feddersen wurde zum Tagungspräsidenten gewählt und leitete wiederholt souverän durch die Veranstaltung. Nach den üblichen Berichten standen die Vorstandswahlen auf der Agenda, wobei der geschäftsführende Vorstand wie folgt gewählt wurde: Landesvorsitzender weiterhin Dieter Holst (KV Ostholstein), zu stellvertretenden Landesvorsitzenden



Stefan Bohlen moderierte die Podiumsdiskussion mit Andreas Betz, Dirk Schrödter und Erhard Christian Schöttiger (v.r.)

wurden gewählt (Auflistung entsprechend Stimmenanteil) Jürgen Müller-Belzer (KV Nordfriesland), Ursula Michalak (KV Segeberg), Erhard Christian Schöttiger (KV Neumünster) sowie Dr. Beatrice Marnetté-Kühl (KV Schleswig-Flensburg). Landesschatzmeisterin bleibt Anne Ohlsen (KV Dithmarschen) und neuer Mitgliederbeauftragter wurde Peter Unterbäumer (KV Plön).

Geehrt wurden an diesem Tag mit einem Präsent die ausscheidenden Vorstandsmitglieder Maren Hinz, Helga Jessen und Jürgen Feddersen. Alle drei traten zu den Wahlen nicht mehr an. Jürgen Feddersen wurde anschließend, als besondere Ehrung für seine langjährigen Verdienste um die Senioren-Union, die Ehrennadel in Gold verliehen.

Für die sich anschließende Podiumsdiskussion zum Thema „Teilhabe an der digitalen Datenwelt – Chancen, im Alter ein selbstbestimmtes Leben zu ge-

stalten“ waren neben Dirk Schrödter, Digitalisierungsmi nister aus der Kieler Staatskanzlei, der Amtsdirektor des Amtes Hüttener Berge, Andreas Betz, sowie Stefan Bohlen, Bürgermeister von Kaltenkirchen, angereist. Zusammen mit Erhard Christian Schöttiger, der federführend den Leitantrag des Tages entworfen hatte, diskutierten die vier die Problematik, wie letztlich alle Senioren bei der Digitalisierung mitgenommen werden können. Die zufriedenstellende Beantwortung der reichlichen Fragen aus den Reihen der Delegierten sorgte dafür, dass der Leitantrag des Tages einstimmig verabschiedet wurde. Damit waren sich die Delegierten einig und Dieter Holst fasste zusammen: „In einer sich schnell verändernden Welt trifft man im Alltag zunehmend auf digitalisierte Systeme und wir wollen mit dafür sorgen, dass niemand im digitalisierten Alltag allein gelassen wird.“ ■



Helga Lucas (l.) und Dieter Holst (r.) dankten Jürgen Feddersen, Helga Jessen und Maren Hinz für ihre langjährige Vorstandsarbeit



Jürgen folgt auf Jürgen

Kreis Nordfriesland. Eine denkwürdige Jahreshauptversammlung erlebten die Mitglieder der Senioren-Union des Kreises Nordfriesland am 3. November 2025 in Paulsen's Gasthof in Bohmstedt, denn der seit 14 Jahren amtierende Vorsitzende Jürgen Feddersen trat nicht mehr zur Wahl an. Aus Altersgründen hatte der Pellwormer bereits im August auf seine Wiederwahl als stellvertretender Bundesvorsitzender in Magdeburg verzichtet, und auch sein Amt als stellvertretender Landesvorsitzender hatte er Mitte Oktober in Neumünster abgegeben.

Bereits dort wurde Jürgen Müller-Belzer als sein Nachfolger als Vertreter des Landesvorsitzenden Dieter Holst aus Eutin gewählt, bevor der Bredstedter Anfang November von 100 Prozent der anwesenden Mitglieder das Vertrauen für die Führung der Kreisvereinigung der Senioren-Union bekam. Weitemachen als Stellvertreter darf Peter Tetzlaff aus Tönning, der zusätzlich die Funktion des Mitgliederbeauftragten wahrnimmt. Ebenso wieder gewählt wurde Renate Harder aus Riesbriek als Schriftührerin. Der Schobüller Hans-Jörg Thauer übernahm das Amt des Schatzmeisters von Klaus Ehlers aus Niebüll, der ebenfalls aus Altersgründen nicht mehr antrat. In Beisitzerfunktion verbleiben Peter Christiansen (Leck), Carsten Harder (Riesbriek) und Hermann Weber (Bordelum), neu dazu gehört Karin Jessen (Niebüll).

Vor den Wahlen, die wieder souverän von Hermann Weber als Tagungspräsident geleitet wurden, hatte Jürgen Feddersen letztmalig entsprechend der Tagesordnung Berichte und Ehrungen ausgesprochen. Peter Christiansen und Klaus Ehlers erhielten für besondere Verdienste die Ehrennadel der Senioren-Union in Silber überreicht. Diese heftete der neue Vorsitzende auch Jürgen Feddersen an, der die Goldene Ehrennadel vom Landesvorsitzenden bereits bei der Landesdelegiertenversammlung überreicht bekommen hatte. Jürgen Müller-Belzer würdigte das 50-jährige politische Engagement von Jürgen Feddersen, das auf der Internetseite der Senioren-Union Schleswig-Holstein nachzulesen ist. So war es nur folgerichtig, dass Jürgen Feddersen mit seinem Ausscheiden aus dem Amt an diesem Tag zum Ehenvorsitzenden der Senioren-Union Nordfriesland ernannt wurde.



Der neue Kreisvorstand der Senioren-Union Nordfriesland

Seiner Frau Renate, die ein halbes Jahrhundert ihrem Mann den Rücken für sein umfangreiches ehrenamtliches Engagement als Bürgermeister, Kreistagsabgeordneter, Amtsvorsteher, Landtagsabgeordneter, Kurdirektor, Kreisvorsitzender des S-H-Gemeindetages, Aktivitäten in Reederei, Wasserverband oder DRK sowie bei seinen Funktionen in CDU und SU freigehalten hatte, wurde als kleines Dankeschön mit viel Applaus eine Orchidee überreicht. ■





Senioren-Union, Junge Union und Junge CDA machen sich für eine generationengerechte Rentenreform stark

Brandenburg. Im Rahmen ihrer gemeinsamen Aktivitäten in Brandenburg mit der Jungen Union und der Jungen CDA „Jung & Alt: Zusammenhalt“ lud der Brandenburger SU-Landesvorsitzende Hans-Peter Pohl zu einem Pressegespräch zur generationengerechten Zukunftsgestaltung der Altersversorgung ein.

Der SU-Bundesvorsitzende Hubert Hüppe warnte vor einer Koalitionskrise wegen des Streits um das Rentenniveau nach 2031: „Wenn es das Datum allein ist, würde ich keine Koalitionskrise herbeiführen.“ Den von der SPD-Arbeitsministerin vorgelegten Gesetzentwurf halte er allerdings für „zu starr“. Er hofft, dass auch die SPD verhandlungsbereit sei. Im Hinblick auf die Ausgestaltung der generationengerechten Altersversorgung erwartet er eine Lösung, die „die junge Generation nicht überfordere, aber die Menschen im Alter sichere. Wir wollen nicht, dass Leute, die 45 Jahre gearbeitet haben, hinterher auf Alterssicherung angewiesen sind“.

Die Landesvorsitzende der Jungen Union Laura Strohschneider kritisierte, dass die derzeit diskutierten Vorschläge „erhebliche Steuerbelastungen und Beitragserhöhungen nach sich ziehen würden, die die junge Generation erheblich und einseitig belasten würde.“ Jetzt bestehe die letzte Chance, „die

Altersversorgung generationengerecht zu gestalten“. In diesem Ziel seien sich Junge Union und Senioren-Union einig und wollen sich dafür einbringen.

Der Landesvorsitzende der Jungen CDA, Gregory Gosciniak, betonte, dass „die Rentendebatte nicht über die Köpfe der jungen Menschen geführt werden darf“. Auszubildende und junge Beschäftigte trügen die Folgen von Entscheidungen, die

häufig von Studierenden, Beamten und Selbstständigen in ihrer „politischen Blase“ diskutiert würden.

Alle drei Organisationen forderten, durch das aktuell diskutierte Gesetz nicht die Empfehlungen der Rentenkommission zu einer grundlegenden generationengerechten Reform der Altersversorgung vorwegzunehmen. ■



(v.l.n.r.) Gregory Gosciniak, Landesvorsitzender der Jungen CDA, Laura Strohschneider, JU-Landesvorsitzende, Hubert Hüppe, Hans-Peter Pohl, SU-Landesvorsitzender



Feierstunde zum Tag der Deutschen Einheit

Rostock. Auf Einladung der Rostocker Senioren-Union, der Frauen-Union und der Jungen Union trafen sich am 3. Oktober Mitglieder der CDU im Weidendorf auf dem IGA-Gelände, um den 35. Jahrestag der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes zu feiern.

Neben Mitgliedern der Rostocker CDU konnten wir uns auch über Teilnehmer aus dem Nachbarkreis und aus anderen Vereinigungen freuen. Ganz besonders überrascht hat uns dabei Katy Hoffmeister, die Generalsekretärin der CDU Mecklenburg-Vorpommerns.

Nach der Eröffnung der Veranstaltung mit der Europa-Hymne „Freude, schöner Götterfunken“ begrüßte Detlev Göllner, Kreis- und Landesvorsitzender der Senioren-Union, die Gäste und gab einen Rückblick auf die nunmehr 80-jährige Geschichte der CDU sowie die politische Entwicklung, die zum Sturz der Mauer und des diktatorischen SED-Regimes geführt hat.

Er wies darauf hin, dass die CDU seit ihrer Gründung die Hoffnung hatte, dass unser Vaterland eines Tages wiedervereinigt würde, und sprach dabei insbesondere auch die alte Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland an, in der diese Hoffnung ebenfalls zum Ausdruck kam.

Trotz der enormen Schwierigkeiten, die die doppelte Staatsgründung mit sich brachte, trotz Mauer, Stacheldraht und Unterdrückung, hätten sich beide Staaten weiterentwickelt, bis es in der DDR zum wirtschaftlichen Stillstand kam.

Nachdem in den vorausgegangenen Jahrzehnten die Sowjetunion jegliche Freiheitsbestrebungen mit Waffengewalt unterdrückt und niedergeschlagen hatte, ergab sich mit Michail Gorbatschow eine kleine Hoffnung auf Erleichterung, auch wenn die Betonköpfe der SED sich dagegen gesträubt hatten.

Es fanden sich Menschen in der DDR, die den Mut hatten, etwas verändern zu wollen. Sie trafen sich in Kirchen, mit Kerzen, sie beteten. Wenige zuerst, dann wurden es immer mehr; aus mehreren wurden viele, aus vielen Hunderttausende und schließlich Millionen, die forderten, dass wir in Ost und West „ein Volk“ seien. Und sie schafften es friedlich, dem Druck von oben den Druck von

unten entgegenzusetzen. Dieser Druck brachte die Mauer zum Einsturz!

Im Westen gab es eine Partei und ganz besonders einen Mann, der die alte Hoffnung nicht aufgegeben hatte. Er entwarf einen Plan, der die Wiedervereinigung zum Ziel hatte. Helmut Kohl, der später zum Kanzler der Einheit wurde, konnte die Staatslenker in Ost und West überzeugen, dass von einem vereinigten Deutschland keine Gefahr ausgehen würde. Auch die Menschen in der DDR begrüßten dieses Ziel.

Allein in der Bundesrepublik gab es enorme Widerstände. Allen voran wollten SPD und Grüne eine Wiedervereinigung unbedingt verhindern.

Doch das Volk und die erste frei gewählte Volkskammer der DDR setzten sich durch.

Und so können wir es heute den mutigen Menschen in der DDR sowie Helmut Kohl und unserer CDU verdanken, dass wir diesen 35. Jahrestag der Wiedervereinigung feiern können – trotz aller Geigenwehr von SPD und Grünen.

Im Anschluss an diese Begrüßung trat Sabine Friescke auf das Podium und berichtete eindrücklich, wie sie die damalige Zeit des Umbruchs erlebt hat. Sie schilderte sehr anschaulich, was alles auf sie und ihre Familie zukam, was sich änderte, welche Rückschläge es gab und wie sie und ihr Mann sich umstellen mussten – aber auch, wie sie an der Entwicklung teilhaben und sie mitgestalten konnten. Sie und ihr Mann haben in der Kommunalpolitik in Rostock eine mitentscheidende Rolle gespielt – von Anfang an und bis heute.

Sabine Friescke machte uns allen klar, dass es Missverständnisse zwischen Ost und West gab – und sie wohl bis heute auch noch gibt. Gleichzeitig zeigte sie auf, dass sich vieles weiterentwickelt hat, auch wenn noch viel Arbeit vor uns liegt.

Nach diesen Schilderungen, die alle, die die damalige Zeit erlebt hatten, gut nachvollziehen konnten, baten wir nun einen jungen Menschen um das Wort.

Charlotte Bermann, lange nach den damaligen Ereignissen geboren und aufgewachsen, berichtete eindrucksvoil und sehr emotional von sich und ihrer Familie. Sie erzählte von ihrem Großvater, der seinen Traumberuf – zur See zu fahren – nicht aus-



üben konnte, weil er sich weigerte, in die SED einzutreten, und wie traurig er darüber war. Und sie erzählte wie dankbar sie sei, dass sie in diesem Staat aufwachsen konnte, der ihr alle Möglichkeiten bot und bietet, selbst zu entscheiden, was sie werden will und wo sie es werden will. Mit den Tränen kämpfend sagte sie, dass sie diese Freiheiten niemals missen wolle und dass sie alles dafür tun werde, dass die alten Zeiten nicht wiederkommen.

Zum Abschluss der Feierstunde bedankte sich Philipp Gustke, Kreisvorsitzender der Jungen Union, bei den Gästen und für die Wortbeiträge und versprach, dass die Junge Union sich mit aller Kraft dafür einsetzen werde, linken wie rechten Extremisten keinen Spielraum zu überlassen.

Die Feier endete mit unserer Nationalhymne, deren erste Zeile „Einigkeit und Recht und Freiheit“ uns Ansporn und Verpflichtung ist. ■



23. Thüringisch-Fränkischer Partnerschafstag in Gera

Gera. Wenn die CDU Senioren-Union Thüringen und die CSU Senioren-Union Mittelfranken zum 23. Mal zu einem offiziellen Partnerschaftstag zusammenkommen, diesmal in Gera, dann ist das zu Recht ein Beweis für eine lebendige Partnerschaft zwischen Ost und West“, so der Landesvorsitzende Thüringens, Rolf Berend, bei der Begrüßung der thüringischen und fränkischen Teilnehmer auf dem Geraer Marktplatz.

„Diese Stadt im Norden des Vogtlandes, an der weißen Elster mit 96000 Einwohnern, seit Jahrhunderten die Residenzstadt des Fürstentums Reuß, werden wir mit ihren prächtigen Bauten und Villen sowie die Moderne vergangene Jahrzehnte besuchen.“

Traditionsgemäß beim gemeinsamen Mittagessen und dem sich

anschließenden Erfahrungsaustausch über aktuelle politische Themen in Thüringen und Bayern wurde auch die über zweieinhalb Jahrzehnte währende Freundschaft zwischen den Seniorengemeinschaften der beiden Freistaaten gewürdigt. Viele ähnliche Partnerschaften, die nach der Wende schnell geschlossen wurden, haben das erste Jahrzehnt oft nicht überlebt. Daher sind Thüringen und Mittelfranken stolz, dass wir Senioren das urkundliche Versprechen erfolgreich lebendig erhalten.

Mit einem herzlichen Dank und anerkennenden Worten des Vorsitzenden Mittelfrankens, Manfred Hopfengärtner, ging diese 23. erlebnisreiche Begegnung zu Ende. Er betonte, dass dieser Tag auch wieder in die lebendige Geschichte der CDU /CSU Seniorentreffen eingehen werde. ■

**Senioren
Union CDU**
Landesverband Thüringen



23. Thüringisch-
Fränkischer
**PARTNER-
SCHAFTSTAG**

17. September 2025 in Gera



Manfred Maurer als Vorsitzender wiedergewählt

Gut für jung alt

Landesvorstand der Senioren-Union Saar

Landesvorstand der Senioren-Union Saar				
Manfred Maurer Landesvorsitzender	Bärbel Klenner Stellvertreterin	Manfred Johann Stellvertreter	Jürgen Schreier Stellvertreter	Myriam Gottfreund Geschäftsführerin
Senioren Union CDU LANDESVEREINIGUNG SAARLAND Zukunft braucht Erfahrung!				
Horst Schneider KV St. Wendel	Waltraud Tösch KV Saarbrücken	Manfred Peachowitz KV Sör-Land	Berthold Schmider KV Neunkirchen	Gerhard Walter KV Saarpfalz
Helmut Heins Schriftführer	Gertrud Hautz Presse ÖA	Hubert Saub Ehrenmitglied	Hildegard Gries Ehrenmitglied	
Beisitzer / Beisitzerinnen				
Ingrid Becker	Günter Becker	Ulrike Becker	Paul Dörr	Dr. Manfred Grub
Jutta Jochum	Hans-J. Hary	Stefanie Lück	Ingrid Räuber	Monika Sartorius

Landesvorstand der Senioren-Union Saar

Bliesen. Die rund 100 Delegierten der Senioren-Union Saar haben im Oktober in Bliesen (St. Wendel) ihren Landesvorstand neu gewählt. Mit einer überzeugenden Zustimmung von rund 95 Prozent wurde Manfred Maurer erneut zum Landesvorsitzenden gewählt. In seiner Rede betonte er:

„Wir als Senioren-Union wollen die Zukunft gestalten, mit und für die reifere Generation. Dazu gehört eine kommunale Daseinsvorsorge mit Planungssicherheit. Diese ist aber in großer Gefahr ist, weil die Kommunen viele neue Aufgaben vom Bund und Land aufgedrückt bekommen, ohne dass diese die notwendigen Mittel bereitstellen“, so Maurer. Notwendig sei eine „bezahlbaren Pflege“. Das bedeute Reformen bei Pflegeversicherung und beim Thema Krankenhausdichte. Hier habe die neue Gesundheitsministerin Nina Warken sicher eines der dicksten Bretter zu bohren. „Kranke Häuser“ müssen wieder entwickelt werden zu Krankenhäusern in allen Regionen, auch im ländlichen Raum.

Bei der Pflege brauchen wir ein stimmiges Gesamtkonzept, das Heime, häuslichen Pflege, Familienpflegegeld und vernünftige Pflegestufen mit einbezieht, so Maurer weiter. Als Vertreter der älteren Generation stelle er ganz klar fest, dass es an vielen Stellen eine ungerechte Benachteiligung von Menschen ohne digitale Anbindung gibt. Beispielsweise bieten viele Supermärkte Preisvorteile an, aber ausschließlich über Apps. „Analoge Menschen werden damit in die zweite Klasse abgestuft.

Das dürfen wir nicht hinnehmen.“ Eine Reform der sozialen Sicherung müsse das Ziel haben, mit der Dynamisierung des Renteneintrittsalters eine generationengerechte Alterssicherung zu erreichen, aber ohne Boomer-Soli. Altersarmut müsse verhindert werden, dazu sollte die Rentenbesteuerung abgeschafft werden. „Um die Belange der Senioren politisch einzubringen, fordern wir eine personelle Beteiligung der Senioren-Union in der Rentenkommission. Auch der ÖPNV muss seniorengerechter gestaltet werden. Von Fahrplänen in lesbarer Größe über ein Seniorenticket bis zur einfachen Bezahlung per Kreditkarte. Viele Maßnahmen sind schnell und einfach umzusetzen“, meint Maurer.

Zu seinen Stellvertretern wurden Manfred Johann, Bärbel Klenner und Jürgen Schreier gewählt. Die Kasse wird von Bärbel Klenner mit mitverwaltet, Schriftführung besorgt Helmut Heins und Presse macht zukünftig Gertrud Hautz. Als Ehrenmitglieder gehören Hildegard Gries und Hubert Saub mit ihren reichhaltigen Erfahrungen an. Ebenso sind alle Kreisvorsitzenden mit Sitz und Stimme dabei. Weitere Beisitzerinnen und Beisitzer ergänzen den Landesvorstand mit ihren Erfahrungen. „**Unruheständler**“ Peter Altmaier bekennt sich klar zur Senioren-Union.

Ein Gespräch mit Peter Altmaier ist immer beichernd, hier kommt Erfahrung aus vielen Jahren verantwortlicher Tätigkeit zum Tragen. Seine Erfahrung in der Europäischen Union und in vielen Ministerämtern der Bundesregierung ist eine Schatztruhe für viele politisch Interessierte. Sie führt dazu, dass er bei Agenturen als Redner weltweit angefragt wird, so dass sein Ruhestand eher einem Unruhestand entspricht. Landesvorsitzender Manfred Maurer hatte Altmaier angesprochen und für eine Mitgliedschaft in der Senioren-Union geworben. Maurer bezeichnete Peter Altmaier als kostbares Juwel, das für die Politik der Zukunft wichtig ist. Der Ex-Kanzleramtschef hat dann den Landesvorstand der Senioren-Union zu sich nach Hause eingeladen zu Kaffee und Kuchen. Bei einem Gläschen Wein und guten Gesprächen sicherte er der Senioren-Union zu, dass er seine Erfahrungen einbringen werde. ■

Die Social-Media Kanäle der Senioren-Union – immer aktuell informiert



Senioren-Union-der-
CDU-Deutschlands



@senioren_union



senioren-union.de

Senioren
Union CDU



Sie haben Fragen oder suchen
den persönlichen Kontakt?
Schreiben Sie uns gerne eine
E-Mail: seniorenunion@cdu.de



**Senioren
Union CDU**



**Die Senioren-Union
wünscht Ihnen
frohe Weihnachten
und ein gesundes
neues Jahr!**

alt & jung
UNION DER GENERATIONEN